

SOLIDARISCHE WELT

Klima, Ernährung, Biodiversität – Landnutzung für unsere Zukunft



3 Einführung

Die Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise und das Trilemma der Landnutzung

4 **Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen schlägt eine radikale Landnutzungs-wende vor**

Von Isabel Armbrust; ASW

7 **Biodiversität, Klima und Mensch – Zeit für ein Umdenken**

Von Christophe Mailliet; ASW

Landnutzungen in der Sackgasse

12 **Flächenfraß für Städte und Agrar-Großbetriebe: Wer entscheidet über Land im Senegal?**

Von Boubacar Diop; ASW

15 **Landgrabbing: eine bleibende Bedrohung für Kleinbäuer*innen des Globalen Südens**

Von Isabel Armbrust; ASW

16 **Keine Dekolonisierung des Naturschutzes in Aussicht**

Von Linda Poppe; Survival International

19 **„Our Land, Our Nature“: Forderungen für einen menschenrechtbasierten Naturschutz**

Von Linda Poppe; Survival International

20 **Die EU-Agrarpolitik - subventionierter Irrsinn auf Kosten der Biodiversität und der Kleinbäuer*innen weltweit**

Von Isabel Armbrust; ASW

21 **Bäume pflanzen für's gute Gewissen – Der CO₂-Ablasshandel**

Von Franziska Kohlhoff; ASW

22 **Die Kolonialisierung der Natur – Extraktivismus und seine Folgen**

Von Pauline Vogel

Die Gaben der Natur: Spirituelle Begrüßung von Gästen durch die indigene Gemeinde Pinhel der Maytapu am Tapajósfluß in Amazonien.

(Projektbesuchsreise von Silke Tribukait und Christophe Mailliet 2019)

Biodiversität, Klimaschutz und Produktion gesunder Nahrung im Einklang

25 **Agrarökologie – Die Antwort auf das „Trilemma der Landnutzung“**

Von Isabel Armbrust und Sophie Cemrek; ASW

26 **Brasilien:**

Land, Artenreichtum und Ernährung

aus Sicht von Maisa Guajajara, Kabaiwun Munduruku und Iró Kumaruara, ASW Partner FAOR

27 **Indien:**

Wie Ökoanbau Ernährung und Biodiversität sichert

Interview mit Durgadevi von CENTREREDA

29 **Große grüne Mauer – versandete Vision oder Hoffnung auf einen grünen Sahel?**

Von Franziska Kohlhoff; ASW

30 **Senegal:**

Agroforstsysteme für Ernährung, Biodiversität und Klima

Interview mit Fatimata Diop, APAF

32 **Burkina Fasos Goldminen sind Fabriken des Elends Wie ODJ den Kampf gegen Landgrabbing unterstützt.**

Interview mit Mohamed Dagano

34 **Togo:**

Wie ASW-Partner die Ernährungswende einleiten

Interview mit Tata Ametoenyenu von OADEL



Liebe Leserinnen und Leser,

selbst in ihren optimistischsten Szenarien geht die Klimaforschung heute nicht mehr davon aus, dass die für die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 bis maximal 2 Grad zwingend notwendige Klimaneutralität (zu erreichen bis ca. 2040) allein durch eine Rückführung der Emissionen bewerkstelligt werden kann. „Negative Emissionen“, d.h. die Neutralisierung aktueller und alter Emissionen durch Wälder, Wiesen, Moore, Meere sowie technische Lösungen spielen eine Rolle in allen Berechnungen, auch denen, die z.B. der Weltklimarat im August 2021 in seinen Bericht für politische Entscheidungsträger*innen eingebaut hat.

Landbasierte Lösungen als Ersatz für ausbleibende Dekarbonisierung?

Doch der Ansatz der CO₂-„Entfernung“ und damit das Konzept der „Klimaneutralität“ birgt die Gefahr, dass mit ihm Versäumnisse in der CO₂-Reduzierung kaschiert werden. Daher hat sich schon 2020 der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen, WBGU, klar für eine Begrenzung der Kohlenstoffspeicherung ausgesprochen. Seine Studie „Landnutzung im Anthropozän“ legt der Auftraggeberin nahe, nur für eine genau festgelegte Restmenge von CO₂ eine Neutralisierung zuzulassen. Und auch nur mit Verfahren, die keine technischen Risiken bergen und gleichzeitig der biologischen Vielfalt und Ernährungssicherheit dienen.

Klimakrise, Artenschwund und Hungerproblem ganzheitlich angehen

In einer Zeit, in der immer mehr Flächen für die Produktion von Nahrung und pflanzlichen Rohstoffen, für Bergbau, Klimaschutzprojekte und den Erhalt der Biodiversität benötigt und verplant werden, ist Landnutzung ein brisantes Thema. Es entsteht ein „Trilemma“, denn Land ist auf unserem Globus nur begrenzt verfügbar.

Gelöst werden kann dies nur, so der WBGU und so auch unsere Argumentationslinie, wenn jede Landnutzung Biodiversität, den Klimaschutz und die Sicherung des Menschenrechts auf Ernährung auf ein und demselben Stück Land in Einklang bringt.

Die wichtigsten Aussagen der WBGU-Studie „Landnutzung im Anthropozän“ und die Forderungen an die Politik stellen wir im EINFÜHRENDEN TEIL unseres Heftes unter **Die Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise und das Trilemma der Landnutzung** etwas detaillierter vor.

Dann beleuchten wir das „Trilemma der Landnutzung“ von der Seite der Biodiversität her. Christophe Mailliet zeigt in seinem Beitrag, wie Biodiversität mit Landwirtschaft, Klimawandel und anderen systemischen Prozessen verwoben ist und dass der Niedergang der Biodiversität für die Menschheit ein immenses Risiko darstellt.

Im ZWEITEN TEIL des Heftes präsentieren wir sodann Beispiele für einen nicht zukunftsfähigen Umgang mit Boden: **Landnutzungen in der Sackgasse**.

Unser Mitarbeiter Boubacar Diop legt dar, wie ein unklares Bodenrecht im Senegal zu immer mehr Aneignungen von kleinbäuerlichem Land durch große Akteure führt und wie ländliche Gemeinschaften ihre Rechte zurückfordern. Auf eine andere Art der Landaneignung geht der Beitrag von Linda Poppe ein: Die Mitarbeiterin von Survival International zeigt, wie ein neokoloniales Naturschutzkonzept über Jahrzehnte die Menschenrechte von ansässigen traditionellen und indigenen Bevölkerungsgruppen ignorierte und wie es trotz neuer Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit indigener Lebensweisen weiterhin die Praxis in den großen Schutzgebieten leitet.

Ein weiterer Artikel zu Extraktivismus und diverse kürzere Beiträge zu nicht nachhaltigen Landnutzungen machen das „Trilemma“ noch greifbarer.

Im DRITTEN TEIL stellen wir dann unter **Biodiversität, Klimaschutz und Produktion gesunder Nahrung im Einklang** Landnutzungen im Globalen Süden vor, die zugleich Biodiversität, Klimaschutz und die Ernährung sichern. Nach einer kurzen Einführung in den Ansatz der Agrarökologie stellen drei indigene Menschen aus Brasiliens Amazonasgebiet ihr Natur- und Schutzverständnis vor. Im Interview erklärt eine indische ASW-Partnerin, wie Ökolandwirtschaft die Ernährung von Dorfbewohnerinnen sichert und verschwundene Arten zurückholt.

Danach stellen wir die Agro-Forstsysteme unseres senegalesischen Partners APAF vor, skizzieren das Projekt Große Grüne Mauer in Afrikas Sahelzone und schauen auf die Anstrengungen unseres Partners OADEL zur Änderung der Ernährungsstile in Togo.

Zuletzt erklären unsere Partner*innen von ODJ in Burkina Faso, wie sie Gemeinschaften gegen Landraub und für Beteiligung an den Gewinnen aus dem Bergbau organisieren.

Isabel Armbrust

Welche Lösung für Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise?

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen schlägt eine radikale Landnutzungswende vor

VON ISABEL ARMBRUST

Im Juni 2021 sind Weltklimarat (IPCC) und Weltbiodiversitätsrat (IPBES) erstmals mit einem gemeinsamen Bericht und fächerübergreifenden Lösungsvorschlägen gegen Klimawandel und Artensterben an die Öffentlichkeit gegangen. Damit haben die beiden UN-Institutionen auch ein Zeichen für eine übergreifende Klima- und Biodiversitätspolitik gesetzt. Denn bisher erfasst die Politik jede Krise getrennt und sucht spezifische Bewältigungsstrategien.

Schon 2020 hat der „Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) der Bundesregierung für eine ganzheitliche Lösung der großen Welt- und Menschheitskrisen geworben.

Mit der Studie „Landwende im Anthropozän“ zeigt er, dass die Klimakrise, der Artenschwund und das Hungerproblem viel zu lange isoliert voneinander angegangen wurden.

Oft standen die Maßnahmen sogar in Konkurrenz, denn alle benötigen Land. Und das ist auf unserem Globus nur begrenzt verfügbar.

Die Landnutzung der Welt muss drei Anforderungen genügen

Der Bericht spricht daher von einem „Trilemma“ der Landnutzung, aus dem es nur einen Ausweg gibt: Land muss künftig so genutzt werden, dass alle drei Ziele zusammen bedient werden.

Die Studie „Landwende im Anthropozän“ ist insofern überhaupt nicht das xte Werk zu nachhaltiger Landwirtschaft, sondern eine fundierte Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Landoberfläche des Globus, eigentlich ein Gemeingut der Menschheit und künftiger Generationen, so genutzt werden kann, dass a) alle Menschen in Würde leben können und dass b) die Erderwärmung sowie c) der Biodiversitätsverlust gestoppt werden.

Klimaneutralität nur mit Hilfe von Land erreichbar

Alle Regierungen der Welt haben es bis heute versäumt, den Ausstoß von CO₂ und anderer Treibhausgasen angemessen zu reduzieren und Richtung Null zu bringen. Daher sind die 2015 in Paris vereinbarten Ziele nur noch zu erreichen, so die Studie, „wenn, ergänzend zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, Landflächen genutzt werden, um der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen“. CO₂ muss folglich entweder durch Aufforstungen oder durch natürliche oder technische Lösungen in Pflanzen, im Boden oder Gestein gespeichert werden.

Schon unser letztes Schwerpunktheft „Klimagerechtigkeit“ (Februar 2021) setzte sich mit der Rolle dieser „negativen Emissionen“ beim Menschheitsprojekt „Klimaneutralität“ auseinander. Unser Autor Thomas Fatheuer benannte dort u.a. die Gefahr, dass für Aufforstungen und technische Lösungen zur CO₂-Bindung gigantische Mengen an Land beansprucht und damit der Ernährung der Menschen des globalen Südens entzogen werden könnten.

.... auf das Maß kommt es an

Diese Gefahr sehen auch die WBGU-Autor*innen. Sie plädieren daher für eine „frühzeitige und ambitionierte Reduktion“ (Seite 4; wir zitieren aus dem Hauptgutachten (1)) globaler CO₂-Emissionen. Unter maximaler Transparenz sollten die Staaten dann zusätzlich nur noch einen genau bezifferten Anteil der CO₂-Re-



Mangrovenbiotop: Klimaschutz, Biodiversität und ökologische Fischzucht vereint (ASW-Projekt ASANE im Senegal).



Der Ernährungsstil der EU mit hohem Fleischkonsum kann nicht globalisiert werden. Denn dazu bräuchte es 119% der weltweit verfügbaren Ackerfläche.
Foto: Gemüsemarkt in Indien

duktion durch landbasierte Lösungen erreichen dürfen. Und nur durch solche Ansätze, die gleichzeitig „erhebliche Mehrgewinne für biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ bieten (S. 4). Dazu zählen u.a. die Renaturierung von Mooren und anderer Feuchtgebiete, Erhöhung der Kohlenstoffbindung im Boden durch nachhaltige Bewirtschaftung (S. 56), eine standortgerechte Wiederaufforstung entwaldeter Flächen und besonders Agroforstsysteme, eben weil diese den Bezug zur Ernährung der Menschen haben.

Die Aufforstung bisher nicht bewaldeter Flächen sollte dagegen kritisch geprüft werden (S. 4).

Auch bezüglich technischer Lösungen wie BECCS (Bioenergie mit Abscheidung von CO₂ und dessen Speicherung als Biokohle) oder DACCS (direkte Gewinnung von CO₂ aus der Luft und Abspeicherung in Gestein; S. 56) haben die Autor*innen ihre Zweifel. Die Unsicherheiten bei den Verfahren seien noch zu groß (S. 57) und außerdem würden neue Nutzungsansprüche an Land begründet. Es drohen „Konflikte zu den Zielen des Biodiversitätserhalts oder der Ernährungssicherung“ (S. 58).

Nahrung für alle durch eine naturnahe Landwirtschaft

Auch die heute vorherrschende, meist industrielle Landwirtschaft gefährdet langfristig die Welternährung, der sie dienen soll, denn sie degradiert die Böden, zerstört die Biodiversität und schädigt das Klima. Der WBGU empfiehlt daher, die bislang weitgehend „monofunktional auf Produktion ausgerichteten Landwirtschaftssysteme in Richtung ökologisch intensiver multifunktionaler Systeme wie z.B. Agroforstwirtschaft

zu transformieren und dabei Menschen, agrarökologische Praktiken und die Erbringung von Ökosystemdienstleistungen ins Zentrum zu stellen.“

In der Praxis laufen diese Vorschläge auf eine Ökologisierung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU, abgekürzt GAP, hinaus: Die heutigen Flächenprämien würden komplett in Zahlungen für „Ökosystemdienstleistungen“, sprich Schutz der Biodiversität durch Erhalt von Mooren, artenreichen Wiesen, Wassereinzugsgebieten etc. umgewandelt (S. 5).

Agrarpolitik in Ökosystempolitik überführen

Die Autor*innen fordern aber zu weiteren Schritten auf und halten mittelfristig die Etablierung einer „Gemeinsamen Ökosystempolitik“ (GÖP) der EU für notwendig (S.278). Eine exklusiv auf die Landwirtschaft fokussierte Politik wie die heutige GAP gäbe es dann nicht mehr, Agrarpolitik würde mit Naturschutz, Ausbau von Schutzgebietssystemen, der Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft und dem Aufbau von landbasierten Ansätzen zur CO₂-Entfernung zu einem Ganzen verschmelzen.

Abkehr von unserem Ernährungsstil

Der Globus wird bis zum Jahr 2100 elf Milliarden Menschen zu ernähren haben, danach wird die Weltbevölkerung nach Schätzungen der UNO wieder rückläufig sein. Aktuell leben acht Milliarden auf unserem Planeten, bis 2050 sollen es 9,7 Milliarden sein.

Schon heute werden (in Kalorien bemessen) genügend Nahrungsmittel für diese 9,7 Milliarden produziert. Hunger und Nahrungsunsicherheit auf diesem Globus sind somit auch ein Verteilungsproblem.

Sollte allerdings der Ernährungsstil des industrialisierten globalen Nordens mit seinem hohen Fleischkonsum von den Menschen im globalen Süden übernommen werden, dann wird es auch von der Fläche her eng: Dann bräuchten wir 119 % der heute bewirtschafteten Ackerfläche, um alle zu ernähren. Schon heute gehen 70 Prozent des weltweit produzierten Getreides ins Tierfutter.

Das Fazit aus diesen Berechnungen ist so einfach wie klar: Der Ernährungsstil der Europäer*innen kann gar nicht globalisiert werden.

Aus Sicht der Autor*innen muss also das Welt-Ernährungssystem von Grund auf geändert werden, und zwar so, dass für alle Erdbewohner*innen nicht nur genügend Kalorien, sondern auch nahrhafte Nüsse, Früchte und Hülsenfrüchte zur Verfügung stünden (S.151).

Außerdem sollten die realen Kosten der Degradation von Ökosystemen und die von ihnen erbrachten Leistungen künftig „möglichst vollständig in die Preise für Nahrungsmittel einfließen“ (S. 6).



Die Anerkennung der Rechte indigener Gemeinschaften ist auch aus Sicht des WBGU der beste Naturschutz. Foto: Indigene Dongria Kondh in Odisha, Indien

Indigene und lokale Gemeinschaften als Naturbewahrerinnen

Der WBGU empfiehlt eine Ausweitung von Schutzgebieten auf 30 Prozent der Landfläche – eine Größenordnung, für die sich die EU im Oktober 2021 beim virtuellen Weltbiodiversitätsgipfel (im Frühjahr 2022 folgt die Hauptkonferenz im chinesischen Kunming) ausgesprochen hat. Er zeigt sich dabei allerdings sensibel gegenüber dem Recht auf Selbstbestimmung indigener Gemeinschaften, die fast 30 Prozent der Erdoberfläche bewohnen. Nicht zufällig fällt ihr Siedlungsgebiet weitgehend mit den schützenswerten Ökosystemen unseres Globus zusammen, denn ihre nachhaltige Lebensweise hat über Jahrhunderte zu deren Erhalt beigetragen.

Daher seien „Wahrung und Anerkennung der Rechte der IPLCs (Indigenous Peoples and Local Communities) essenziell für den Schutz (...) dieser wertvollen Ökosysteme“, so der WBGU in Berufung auf aktuelle Studien (S. 108).

Nachdem früh schon die Welt-Biodiversitätskonvention CBD (1992) und dann ab 2012 der Weltbiodiversitätsrat die Wichtigkeit der Indigenen beim Biodiversitätserhalt akzentuiert hatte, ist diese Position mittlerweile in vielen Organisationen wissenschaftlicher Konsens und die Idee eines Naturschutzes, der mit Umsiedlung und Vertreibung von Menschen einhergeht, verliert Anhänger*innen. Die Praxis vieler Naturschutzorganisationen folgt aber leider nicht dieser Erkenntnis. So wird z.B. der WWF, der im Juni 2021 mit einer Studie die Rolle der Indigenen als Naturschützer belegte, sehr für die fortgesetzte Finanzierung von umstrittenen Schutzgebieten kritisiert (siehe Beitrag in diesem Heft Seite 16).

Wer entscheidet, wer gestaltet mit?

Obwohl der WBGU auf dieser Grundlage auch empfiehlt, „Planung und Management von Schutzgebieten partizipativ mit der indigenen und lokalen Bevölkerung anzugehen“ (S. 107), ist von den indigenen „Naturbewahrer*innen“ im vierten und letzten Teil der Studie zur Umsetzung der Landwende (Transformative Governance für einen solidarischen Umgang mit Land) kaum noch die Rede.

Recht unkonkret wird dort die Frage abgearbeitet, wie alle Akteur*innen in eine „breite und solidarische Verantwortungsübernahme“ für das globale Gemeingut der Landökosysteme einbezogen werden können.

„Pionier*innen des Wandels“ gäbe es schon – sie würden z.B. durch solidarischen Konsum oder dadurch, dass sie ihr Land alternativ bewirtschaften, eine solche Verantwortung zeigen.

Über „Preisreize, freiwillige und verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards, raumbezogene Pläne, Subventionen“ sollten nun Staaten dafür sorgen, dass immer größere Teile der Gesellschaft für eine Landwende gewonnen werden.

Letztlich überwiegen bei den Vorschlägen der Autorinnen solche, die sich auf Anreize und gesetzliche Rahmenbedingungen beziehen, sowie auf die Herstellung regionaler und staatlicher Kooperationen.

Ein wenig zu sehr folgen damit die Governance-Vorschläge der Autor*innen schließlich doch einem Top-Down-Ansatz.

Trotz dieser Schwäche halten wir den Bericht des WBGU für eine extrem anregende Grundlage für jede weitere Beschäftigung mit dem Thema Landnutzung und empfehlen zumindest die Lektüre der acht-seitigen Zusammenfassung uneingeschränkt.

Übrigens hat der WBGU schon in früheren Papieren originelle Ideen präsentiert: Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Katowice, Polen, 2018, regte er einen Klimapass für Klima-Geflüchtete an, mit dem diese Staatsbürgerrechte in anderen Ländern erhalten würden.⁽²⁾ „Staaten mit erheblicher Verantwortung für den Klimawandel (z.B. die USA, China, Katar, die EU-Staaten und Russland) sollten sich als Aufnahmeland für Personen mit Klimapass zur Verfügung stellen“, so die Überzeugung der Autor*innen.

Schade, dass unsere Regierungen sich ein solches Gremium leisten, aber den dort erarbeiteten Empfehlungen bis jetzt so gar nicht nachgekommen sind.

(1) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): „Hauptgutachten: Landwende im Anthropozän. Von der Konkurrenz zur Integration“, 2020

(2) Im Politikpapier „Zeit-gerechte Klimapolitik: Vier Initiativen für Fairness“, August 2018

Biodiversität, Klima und Mensch – Zeit für ein Umdenken

VON CHRISTOPHE MAILLIET

Die Beschäftigung mit dem Thema der Biodiversität ist unerlässlich: Aus einem wissenschaftlichen Interesse, aufgrund der dem Menschen laut dem berühmten Biologen Edward O. Wilson innewohnenden „Liebe zum Leben“ („Biophilie“), aber auch aus vielen weiteren Perspektiven.

Den Begriff der Biodiversität gibt es erst seit Mitte der 1980er Jahre. Er bezeichnet im öffentlichen Diskurs sowohl die sogenannte Artenvielfalt (die wissenschaftlich nur sehr ungenügend erfasst ist – Schätzungen der Gesamtanzahl aller Arten variieren stark) als auch im weitesten Sinne „die Natur“, die aus einer Vielzahl von Ökosystemen besteht. Weiterhin beinhaltet er verschiedene Unterkonzepte (genetische Diversität, Ökosystem-Diversität, etc.), die eine bestimmte Facette konkreter beleuchten. Eine einheitliche Definition gibt es nicht, und es ist nie ganz klar, welche in welchem Zusammenhang genutzt wird. Es besteht hier eine große Ähnlichkeit mit dem Begriff der „Nachhaltigkeit“, der ebenfalls nur schwammig definiert ist und letzten Endes seine Bedeutung aus dem jeweiligen Kontext bezieht.

Um dem Diskurs rund um Biodiversität eine Grundlage und analytische Schärfe zu geben, wird folgende Definition vorgeschlagen: Biodiversität ist eine Eigenschaft von Ökosystemen, die die Vielfalt innerhalb dieser Ökosysteme beschreibt. Also von den Mikroorganismen wie Viren, Bakterien, Einzellern etc., hin zu Pilzen und Pflanzen, um über die Wirbeltiere schließlich ans Ende der Nahrungskette zu gelangen – wozu man letzten Endes auch den Menschen zählen muss. Die Beschreibung der Vielfalt aller dieser Lebensformen innerhalb eines Ökosystems kann aber nur dann vollständig und sinnvoll sein, wenn auch Wechselwirkungen, Abhängigkeiten und äußere Faktoren (wie zum Beispiel ein sich veränderndes Klima oder ein durch Ressourcen-Abbau verschwindendes Biotop) mit erfasst werden.

Dass die Biodiversität durch den Einfluss des Menschen und das sich (in „Erdzeit“) rasant verändernde Klima in einem Ausmaß bedroht wird, wie sie es seit dem Verschwinden der Dinosaurier nicht mehr wurde, machen wenige Zahlen klar. Inzwischen geht man davon aus, dass in den letzten 150 Jahren ca. 77% der Landmasse (die Antarktis ausgenommen) und 87% der Weltmeere durch menschliche Aktivitäten verändert wurden. Dies ging einher mit einem sogenannten Biomasse-Verlust von ca. 83% aller wilden Säugetiere und einem Verlust von ca. der Hälfte der Pflanzen.

Nutztiere und Menschen repräsentieren heute fast 96% aller lebenden Säugetiere.

Mehr Spezies als jemals zuvor sind durch direkte menschliche Einwirkung vom Aussterben bedroht. Dazu gehören beispielsweise ca. 1/3 aller Süßwasserfische. Auch die Bestände von sogenannten „Megafischen“ – also der Arten, die für die Ernährung von hunderten Millionen Menschen von essentieller Bedeutung sind – sind um 94% zusammengebrochen. Jedes Jahr verschwinden hunderte Arten für immer, nachzulesen auf der sogenannten „Roten Liste“ der IUCN. Und seit Ende 2020 existieren auf der Erde mehr vom Menschen hergestellte Dinge (vom Nagel bis zum Wolkenkratzer) als Pflanzen, Tiere und andere Lebewesen.



Ein Drittel aller Süßwasserfisch-Arten ist heute vom Aussterben bedroht

Wieso ist Biodiversität wichtig?

Wie viele Arten von Schmetterlingen (Vögeln, Fischen, Würmern...) „braucht man“? Weiß man überhaupt, wie viele Arten es gibt? Welche Rolle spielt es, wie viele es sind, solange die „wichtigen“ überleben? Und ist es nicht egal, wie viele Arten von Wespen in Deutschland leben? Denn Wespen „sehen alle gleich aus“, sind eh „nervig“ und erfüllen für den Menschen keinen sofort erkennbaren „Zweck“, oder?

Wenn man anfängt, sich mit der Bedeutung von Biodiversität zu beschäftigen, landet man relativ schnell bei solchen Fragen. Diese werden gerne von

den Gegner*innen von „zu viel Naturschutz“ gestellt, wenn „wieder einmal“ ein neuer Autobahnabschnitt nicht gebaut werden kann, weil an der vorgesehenen Strecke eines der letzten Habitate einer seltenen Echse, Fledermaus oder Orchidee liegt. Solchen Fragen liegt ein extrem reduziertes Verständnis von Biodiversität zugrunde, das Lebewesen in grobe Kategorien unterteilt und diese ausschließlich nach ihrem direkten Nutzen aus Sicht des Menschen bewertet – und für „erhaltenswert“ deklariert oder nicht. Diese sogenannten „Ökosystem-Dienstleistungen“ sind ohne Zweifel essentiell, doch es gibt weitere Aspekte, die nicht minder wichtig sind.

Ökonomisch betrachtet, trägt Biodiversität zur Verfügbarkeit von vielfältigen Lebensmitteln, Rohstoffen für Industrie und Handel, Medikamenten und Heilmitteln, Baumaterialien und Gebrauchsgegenständen bei. Sie bildet die Basis für Landwirtschaft, indem nicht nur zahlreiche Arten von Tieren und Pflanzen wirtschaft-

lich genutzt werden, sondern auch neue Rassen und Sorten über Generationen durch Auslese und Einkreuzungen (bspw. von wilden Varietäten einer Nutzpflanze) von Bäuer*innen entwickelt werden. Inzwischen sind allerdings diese uralten Techniken durch Bio- und Gentechnologien ergänzt worden, die die Gefahren bergen, mit ihren im Labor kreierten Sorten alte Pflanzenvarietäten oder die Wildformen und damit deren Genpool zu verdrängen.

Schlussendlich baut ein wichtiger Teil des Tourismus-Sektors auf intakte Landschaften und die Möglichkeit, verschiedene Tier- und Pflanzenarten in ihrer natürlichen Umgebung beobachten zu können.

Ökologisch betrachtet, ist die Biodiversität die Basis für die natürlichen Evolutionsprozesse des Lebens. Sie spielt eine essentielle Rolle bei der Regulierung der physikalischen und chemischen Zyklen der Biosphäre, insbesondere was die Produktion und Speicherung von Sauerstoff bzw. Kohlenstoff durch die Photosynthese betrifft. Mikro-Organismen, Pilze, Pflanzen, Insekten, Würmer etc. sind für die Fruchtbarkeit der Böden und den Süßwasserkreislauf extrem wichtig, und spielen eine wichtige Rolle beim Abbau und der Verwertung von organischen und mineralischen Abfallprodukten, so wie bspw. nitrifizierende Bakterien bei der Gewinnung von Trinkwasser. In diesem Sinn ist jede Art von Lebewesen, die ausstirbt, ein unwiederbringlicher Verlust, denn mit ihr verschwindet auch ein Baustein in einem funktionierenden Ökosystem, das dann irgendwann kollabiert.

Ethisch betrachtet, steht die Menschheit einerseits vor der moralischen Verpflichtung, andere Lebensformen nicht zu zerstören und ist andererseits gegenüber nachfolgenden Generationen dazu verpflichtet, intakte Lebensgrundlagen zu hinterlassen. Immer mehr Menschen erkennen auch zunehmend den inneren Wert von Biodiversität und intakten Lebensräumen, die nicht nur durch ihre überwältigende Schönheit ästhetisch berühren, sondern auch auf einer emotionalen und spirituellen Ebene mit Werten wie Harmonie, Natürlichkeit, Liebe zum Leben, Fürsorge etc. in Verbindung gebracht werden. Zum Beispiel in einer Hinwendung oder Rückbesinnung zu „Mutter Erde“ (siehe S. 26 in diesem Heft). Es ist aber noch ein langer Weg, bis sich dies in konkretem Handeln und einem echten Wandel widerspiegelt.

In diesem Sinne ist die Beschäftigung mit dem Erhalt der Biodiversität eine Aufgabe, die sowohl für verschiedene Bereiche der Gesellschaft von essentieller Bedeutung ist, als auch für jede*n einzelne*n von uns auf individueller Ebene.

Und endlich wird auch im politischen und wissenschaftlichen Diskurs die unmittelbare Verknüpfung dieses Themas mit der Bekämpfung des Klimawandels und der menschlichen Entwicklung – insbesondere



Biodiversität ist seit Generationen auch die Grundlage für die Züchtung neuer Tierrassen und Pflanzensorten durch Bäuer*innen



Sogar Mais lässt sich so anbauen, dass er dem Klima, der Bodenfruchtbarkeit und der Biodiversität nicht schadet. Foto: Bauernfamilie in Togo

bezüglich der Ernährungssicherheit – anerkannt. Dies wirft einerseits neue Fragestellungen auf, unterstreicht aber auch die Notwendigkeit von ganzheitlichen Lösungen in diesen Bereichen.

**Erhalt der Biodiversität, Bekämpfung des Klimawandels und Ernährung:
Wie kann alles gleichzeitig funktionieren?**

Auch wenn es schon seit mehreren Jahren internationale Bemühungen gibt, sowohl den Klimawandel (im Rahmen der UN Framework Convention on Climate Change, und gesteuert durch den Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) als auch den Verlust der Biodiversität (im Rahmen der Convention on Biological Diversity, und gesteuert durch die Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) zu bekämpfen, wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen bisher weitgehend unabhängig voneinander entwickelt. Es herrscht aber darüber Konsens, dass die Wechselwirkungen zwischen beiden Phänomenen einen wesentlichen Einfluss darauf haben, ob solche Maßnahmen erfolgreich sind oder nicht, bzw. ob sie nicht sogar kontraproduktiv sein könnten. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen auf soziale Systeme und wesentliche Aufgaben wie die Ernährung der Menschheit oftmals nur ungenügend mit berücksichtigt werden. Dies ist insbesondere bei Fragen der Landnutzung der Fall, wo immer mehr Flächen der industriellen Landwirtschaft weichen müssen – mit katastrophalen Folgen für Biodiversität und Klima,

aber auch für die Ernährungssicherheit der globalen Bevölkerung.

Es ist auch unbestritten, dass der Klimawandel die Risiken für die Biodiversität sowie für natürliche und bewirtschaftete Ökosysteme verstärkt. Gleichzeitig spielen diese Ökosysteme und eine intakte Biodiversität eine Schlüsselrolle im Emissionen-Kreislauf und in möglichen Anpassungsstrategien an den Klimawandel. Ca. 50% aller vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen werden aktuell durch Photosynthese und Kohlenstoffspeicherung in der Biomasse sowie durch Absorption in den Weltmeeren (was allerdings zur Versauerung der Ozeane beiträgt) der Atmosphäre entzogen. Jede weitere Zerstörung von Ökosystemen und der darin enthaltenen Biomasse trägt also zu einem beschleunigten Klimawandel bei.

**Biodiversität und Klima eng verschränkt:
IPCC und IPBES tagen zusammen**

Ende 2020 hielten IPCC und IPBES zum ersten Mal einen umfangreichen gemeinsamen (Online)-Workshop ab, der versuchte, nicht nur mögliche Lösungen und Fallstricke dieser beiden Krisen zusammen herauszuarbeiten, sondern auch die benötigten Anstrengungen zu beschreiben, die in Wirtschaft, Technologie, (Umwelt-)Politik, Gesellschaft, etc. nötig sind. Das wesentliche Ergebnis ist, dass vermeintliche Zielkonflikte zwischen Klimawandel-Bekämpfung, Erhalt der Biodiversität, und menschlicher Entwicklung auflösbar sind, auf der Basis einiger wesentlicher Erkenntnisse:

- Die Begrenzung des Anstieges der globalen Temperaturen und der Schutz der Biodiversität sind sich ergänzende und gegenseitig verstärkende Ziele. Nur wenn sie zusammen erreicht werden, können wir einen bewohnbaren Planeten erhalten und nachhaltige und gerechte Lebensgrundlagen für die Menschheit schaffen;
- Viele Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Ökosystemen auf dem Land und in den Meeren tragen auch direkt zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und des Verlustes von Biodiversität bei;
- Maßnahmen, die sich zu eng auf die Anpassung an, bzw. Bekämpfung der Folgen des Klimawandels fokussieren (wie bspw. technologische CO₂-Speicherung, Monokultur-Aufforstung, etc.) können negative Folgen auf die Natur und deren „Dienstleistungen“ für den Menschen haben;
- Maßnahmen, die primär auf den Erhalt der Biodiversität fokussiert sind, haben in der Regel auch positive Effekte auf das Klima. Diese Effekte könnten aber noch größer sein, wenn solche Maßnahmen die Bekämpfung des Klimawandels und die Bedürfnisse der Menschen gleich mitdenken;
- Die Biodiversität, das Klima und die menschliche Gesellschaft müssen als miteinander gekoppelte Systeme betrachtet werden, wenn Maßnahmen zu deren Erhalt und Entwicklung erfolgreich sein sollen; und
- Nur durch tiefgreifende Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft kann eine nachhaltige und stabile Zukunft geschaffen werden.

Im verfügbaren, sehr lesenswerten Resümee dieses Workshops sind zahlreiche Fakten und Lösungswege beschrieben*, die zumindest ein wenig Hoffnung ma-



Das Frosch-Genom entspricht in großen Teilen dem des Menschen, wie die Forschung schon vor 10 Jahren belegte. Was belegt besser, wie sehr wir Teil der Biosphäre sind?

chen, dass sich eine ganzheitliche Sicht auf diese Probleme durchsetzt. Gleichzeitig wird aber auch noch einmal deutlich, dass in vielen Bereichen schon längst hätte gehandelt werden müssen, beispielsweise in der Energie- und in der Lebensmittelproduktion. So werden laut einem Report der UNEP 86% aller bedrohten Arten durch die industrielle Landwirtschaft direkt gefährdet. Der von diesen Gremien geforderte Schutz von mindestens 50% der Landfläche und der Ozeane schließt aber explizit nicht eine nachhaltige Nutzung dieser Gebiete aus, wie sie schon lange durch traditionelle und indigene Gemeinschaften erfolgt. Er macht auch klar, dass der Schutz solcher Gebiete und der darin enthaltenen Biodiversität eine Aufgabe ist, die nicht an nationalen Grenzen halt machen kann und die von den betroffenen Gemeinschaften mit getragen werden muss. Ebenso wird klar, dass eine weitere Zerstörung der Natur letztlich auch ein Verbrechen an den Menschen ist, die in, von und mit dieser Natur leben.

Natur ist ein Gemeingut und Menschen sind Teil von ihr

Immer mehr Organisationen und Aktivist*innen weltweit fordern deshalb, dass der sogenannte „Ökozid“ gleichrangig mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Angriffskriegen und Völkermord in das sog. Römische Statut des Weltgerichtshofs aufgenommen wird. Wobei auch für „Ökozid“ verschiedenen Definitionen vorliegen – die Organisation „End Ecocide On Earth“ definiert ihn als „umfangreiche Schädigung oder Zerstörung (...) der globalen Gemeingüter oder der irdischen Ökosysteme, auf welche alle Lebewesen im Allgemeinen sowie die Menschheit im Besonderen angewiesen sind.“

Eine solche Aufwertung des Ökozids würde einen Abschied von der „westlichen“ Haltung, dass der Mensch gewissermaßen „außerhalb“ der Natur steht und sich diese „Untertan machen soll“, voraussetzen. Es müsste endlich anerkannt werden, dass wir Menschen einem Netzwerk angehören, dessen Teile sich gegenseitig und dessen Ganzes alle am Leben erhalten. Dass die Natur auf einer Ebene mit uns Menschen steht und wir mit ihr eins sind.

In Indien und in Neuseeland wurden deshalb der Natur auch schon eigene Rechte zugestanden, und in Frankreich wurde 2020 die Straftat des Ökozids eingeführt (wenn auch nur auf das nationale Territorium begrenzt). Das kann immerhin ein Anfang sein.

* Der vollständige Bericht des „IPBES-IPCC co-sponsored workshop report on biodiversity and climate change“ und der dazugehörige wissenschaftliche Bericht („Scientific Outcome“) sind online zu finden unter: <https://ipbes.net/events/launch-ipbes-ippcc-co-sponsored-workshop-report-biodiversity-and-climate-change>

Landnutzung in der Sackgasse



Mais-Monokultur für Biogas: Kein Platz für Insekten und Vögel

Flächenfraß für Städte und Agrar-Großbetriebe: Wer entscheidet über Land im Senegal?

VON BOUBACAR DIOP

Im Senegal hat der Staat ein absolutes Monopol auf die Bewirtschaftung, Nutzung und Verwaltung von Land. Mit dem 1964 verabschiedeten Gesetz über die nationale Domäne (loi sur le domaine national) ist der Staat Eigentümer von 95 % des Landes. Er kann Flächen dieser „nationalen Domäne“ für die Nutzung freigeben und bestimmten Nutzer*innen zuweisen.



Neubausiedlung bei Dakar

Unter der Kontrolle des staatlichen Vertreters auf lokaler Ebene haben die ländlichen Gemeinden seit den 1950er Jahren die Möglichkeit, der lokalen Bevölkerung in ihren Gebietskörperschaften Land zuzuweisen oder zu entziehen. Die natürlichen oder juristischen Personen, denen die Flächen zugewiesen werden, können diese nutzen, sind aber nicht die Eigentümer*innen.

Um ein sicheres Recht an dem Grundstück zu haben, muss ein Antrag auf Eintragung beim Staat gestellt werden, der das ausschließliche Recht daran hat.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über nationales Eigentum wurde der Staat Eigentümer aller unbauten und nicht im Besitz befindlichen Grundstücke, d. h. der Grundstücke, die 10 Jahre lang nicht genutzt oder aufgegeben worden waren.

Welche Politik verfolgt der Staat bei der Frage der Landnutzung?

Diese Gesetzgebung, die eine Rechtsgrundlage für die staatliche Kontrolle über den Boden schafft, ermöglicht es dem Staat auch, die Leitlinien für die Bodenpolitik festzulegen. Das Hauptziel ist die Erschließung von Flächen zur Verbesserung der Produktivität. Dies setzt voraus, dass der Zugang zu Land für private Investoren erleichtert und Land nur an Personen vergeben wird, die in der Lage sind, das Land durch eine erhebliche Kapitalinvestition zu bewirtschaften.

Dies wurde in den 2000er Jahren mit dem Aufkommen des liberalen Regimes von Abdoulaye Wade verstärkt. Die Zuteilung von Großflächen hat erheblich zugenommen, denn die Politik räumt der Agrarindustrie Vorrang ein – zum Nachteil der landwirtschaftlichen Familienbetriebe.

Aktuelle Beispiele von Landgrabbing

In diesem Zusammenhang wurden 2011 dem italienischen Unternehmen Senethanol in der ländlichen Gemeinde Fanaye 20.000 Hektar Land zugeteilt. Proteste der Bevölkerung gegen diese staatliche Entscheidung führten zum Tod von zwei Anwohnern. Heute gibt es weitere Beispiele in Mbane, Gnith, Doddel, Demette oder Diokoul. Der jüngste Fall ist der von Ndiael, wo die Bevölkerung von 40 Dörfern gegen die Vergabe von 46.550 Hektar Land durch den senegalesischen Staat an einen rumänischen Investor kämpft. Diese groß angelegten und politischen Landzuteilungen erfolgen sehr oft ohne jegliche Einbeziehung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung und ohne Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten. Diese Haltung des heutigen senegalesischen Staates ist eine Fortsetzung seines kolonialen Erbes.

Kolonialrecht und Gewohnheitsrecht

Das Landbesitzsystem während der Kolonialzeit wurde durch drei Dekrete geregelt: Ein Dekret vom 20. Juli 1900 galt speziell für den Senegal, das Dekret vom 29. September 1928 und das Dekret vom 15. November 1935 regelten den Landbesitz in ganz Französisch-Westafrika. Ziel war es, das westliche Konzept des Eigentums- und Bodenrechts auf die kolonisierten Gebiete zu übertragen.

Das Gewohnheitsrecht (*Droit coutumier* ou traditionnel) wurde in den Hintergrund gedrängt. Es wurde von den traditionellen Behörden, den so genannten „Lamanes“, organisiert. Nach dem Gewohnheitsrecht gehörte das Land demjenigen, der sich zuerst darauf niederließ, und reichte so weit, wie seine Arbeitskraft reichte. Andere Mitglieder der Familie oder der Gemeinschaft hatten freien und direkten Zugang dazu. Dieses Gewohnheitsrecht wurde vom kolonialen Recht ignoriert. Daher wurden die Kolonisierten dazu gedrängt, ihr Recht am Land durch einen Verwaltungstitel anerkennen zu lassen.

Wie ist das Verhältnis zwischen der aktuellen Gesetzgebung und dem „*droit coutumier*“?

Als der Senegal in den 1960er Jahren seine Unabhängigkeit erlangte, erbte der Staat zwei völlig unterschiedliche Landbesitzsysteme: Kolonialrecht und Gewohnheitsrecht. Um die Situation zu harmonisieren, verabschiedete er das Gesetz über die nationale Domäne und setzte sich als absoluter Herr des Landes ein. Dieses Gesetz besteht noch heute und regelt nach wie vor alle Aktivitäten rund um die Landverteilung.

Aber es war ein Fehlschlag. Das Hauptziel, die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit bei der Landbewirtschaftung und des demokratischen Zugangs, wurde bisher nicht erreicht. Das Gesetz ist diskriminierend gegenüber Frauen, Eingewanderten und Armen. Außerdem ist es kaum wirksam und wird weitgehend umgangen. Die Menschen halten sich nicht einmal an die allgemeinen Bestimmungen.

Nach dem Gesetz gehören die betroffenen Grundstücke weiterhin dem Staat und können daher weder verkauft noch vererbt werden. Ebenso können nur die in einer Gemeinde lebenden Menschen eine Zuweisung zu ihren Gunsten erhalten.

Die Realität sieht ganz anders aus, denn die Immobilientransaktionen auf nationaler Ebene haben drastisch zugenommen. In den Gemeinden hat sich ein Klientelismus entwickelt, der völlig illegale, aber von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte Landtransaktionen begünstigt. Der Präsident der Republik, Macky Sall, hat selbst erklärt, dass die meisten Konflikte, mit denen er sich häufig befassen muss, mit dem Land zusammenhängen. Diese konfliktreiche Situation und die fehlende Anerkennung der Rechte der Menschen führen zu Rechtsunsicherheit, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in ländlichen Gebieten, verhindert.

Ein unvollendetes Landreformprogramm

Um diese Situation zu verändern, wurden verschiedene Reformversuche unternommen. In den letzten 20 Jahren sind alle Initiativen unvollendet geblieben. Bereits 1996 wurde der Entwurf eines Aktionsplans für Land initiiert, der die Befugnisse der ländlichen Ge-



Welche Zukunft haben Senegals Dorf-bewohner*innen?

meinden im Bereich des Landbesitzes stärken sollte, was jedoch nicht gelang.

Das Gleiche gilt für den 2004 eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Viehhaltung und Waldnutzung, das nie in Kraft trat. Die Vorschläge der 2005 eingerichteten Nationalen Kommission für die Reform des Bodenrechts und der 2012 eingesetzten Nationalen Kommission für die Bodenreform wurden nicht weiterverfolgt. Die Behörden tun nichts, um die Situation zu verändern. Es besteht ein stillschweigendes Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo, von dem die politische und religiöse Elite profitiert.

Land für expandierende Städte oder für die menschliche Ernährung?

Der Senegal folgt dem weltweiten Trend zur raschen Urbanisierung. Ländliche Gebiete, die unter den Folgen des Klimawandels leiden, mit Krisen in der Landwirtschaft kämpfen und kaum Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen haben, werden nach und nach entvölkert. Die Menschen ziehen es vor, in den Städten nach einer besseren Zukunft zu suchen.

Die Landflucht hat erhebliche Auswirkungen auf die ländlichen Gebiete – zurück bleiben oft nur die älteren Menschen. Die Städte werden immer voller. Die Regionen Dakar und Thiès sind am stärksten von diesem Zuzug betroffen.

Wo bleibt das Mitspracherecht der Menschen? Die Beispiele Dakar und Thiès

25 Prozent der senegalesischen Bevölkerung leben in der Region Dakar, obwohl diese nur 0,28 % des senegalesischen Territoriums (550 km²) ausmacht. Die Be-



Blick vom Berg Les falaises des mamelles beim alten Flughafen Dakar: Wo viele sich die grüne Lunge von Senegals Hauptstadt erhofft hatten, fressen sich nun Häuser ins Land.

völkerung der Region ist von 400.000 in den 1970er Jahren auf 3,9 Mio im Jahr 2021 gewachsen. Das bedeutet einen Anstieg von 5 % pro Jahr. Die Region Thiès hat etwas mehr als 2 Mio Einwohner.

Diese Regionen bestanden aus einem städtischen und einem ländlichen Gebiet. Die „Niayes“ genannten ländlichen Gebiete an der Atlantikküste bildeten die Kornkammer der Regionen und versorgten die Märkte der Hauptstadt und der städtischen Zentren mit Obst und Gemüse. Die Landbevölkerung in diesen Gebieten war hauptsächlich im Gemüseanbau und in der Viehzucht tätig. Die bäuerlichen Familienbetriebe waren die wichtigsten Produzent*innen. Fast jede Familie hatte ein Stück Land, das sie im Regen und in der Trockenzeit bewirtschaftete. Dieses Gebiet war die grüne Lunge der beiden Regionen und bot ein natürliches, grünes Lebensumfeld, in dem die Artenvielfalt erhalten blieb.

Siedlungen für die Mittelschicht verdrängen Kleinbäuerinnen

Doch seit den 2000er Jahren geht der Trend dahin, dass Felder und landwirtschaftliche Produktionsflächen in erheblichem Maße verschwinden, um Platz für Wohnungen zu schaffen. Die Städte sind voll und die Mietkosten in Dakar sind drastisch gestiegen. Lösungen sind gefragt. In den Gemeinden Bambylor, Sangalkam und Tivaouane Peul in der Region Dakar wurden Bauern und Familienbetriebe gezwungen, ihr Land zu verkaufen – es wurde für große staatliche und private Immobilienprojekte benötigt.

Ministerien erstellten einen Landentwicklungsplan – ohne jegliche Beteiligung oder Information der lokalen Bevölkerung. Der Staat hat anstelle der Men-

schen entschieden, was mit ihrem Land und dem Ort geschehen soll.

In dem Dorf Bambylor haben viele Bauern ihr Land zu sehr niedrigen Preisen abgegeben, weil sie Angst hatten, es zu verlieren. Es waren Ländereien, die sie seit mehreren Jahrzehnten nutzten und die sie geerbt hatten, für die sie aber keine Verwaltungstitel besaßen, die ihr Eigentum garantierten.

Die Region Thiès bleibt von diesen staatlichen Großprojekten, die das Ackerland der Kleinbauern verschlingen, nicht verschont. Der internationale Flughafen Blaise Diagne ist ein Beispiel dafür. Und in Diamniadio wurde eine ganz neue Stadt gebaut, in deren neue Verwaltungsgebäude auch viele Ministerien gezogen sind.

Bei diesen Megaprojekten zeigt der Staat seine ganze Macht und sein Monopol bei der Gestaltung der Bodenpolitik. Die Menschen haben kaum eine Mitsprachemöglichkeit und ihre Felder müssen den Baustellen weichen. Neue Wohnungen, die sich enteignete Bauern nicht leisten können, schießen wie Pilze aus dem Boden. In einigen Gemeinden wurden für den Bedarf der Wohlhabenderen bereits zahlreiche Wohnungsbaugenossenschaften gegründet, vor allem in Bambylor, wo es die Akys-Siedlung, die Comico-Siedlungen und die BICIS-Siedlung gibt. Jede Genossenschaft hat mindestens 3.000 Wohnungen errichtet.

Diese unkoordinierte Verstädterung und Landaneignung bringt viele Probleme mit sich.

Die grundlegendsten Umwelt- und Hygienestandards werden oft missachtet und der Zugang zu Wasser wird für die Bevölkerung immer schwieriger. In den Regenmonaten kommen Überschwemmungen dazu.

Bäuer*innen, die ihres Landes beraubt wurden, sind gezwungen, ihren Beruf zu wechseln. Diejenigen, die ihr Land verkaufen konnten, versuchen oft, nach Europa auszuwandern oder einem ihrer Kinder die Reise zu finanzieren.

Die Ortschaften verlieren ihre Menschen, ihr soziales Leben und ihr Gesicht. Und mit den Bäumen, die der Bauboom gefordert hat, sind auch viele Vögel und andere Tiere verschwunden. So werden die Menschen, für die die Dörfer nur noch Schlafplatz sind, weil sie in den Städten arbeiten, auch hier morgens nicht mehr von Vogelstimmen geweckt, sondern von Autohupen.

Landgrabbing: eine bleibende Bedrohung für Kleinbäuer*innen des Globalen Südens

Der Begriff Landgrabbing (wörtl. „Land ergreifen“) wurde in der Nahrungskrise 2007–08 geprägt, als sprunghaft gestiegene Lebensmittel- und Rohstoffpreise zu einem beispiellosen Rennen auf die verfügbaren Ackerflächen der Welt führten. Über Kauf oder langlaufende Pachtverträge sicherten sich Getreidedefizit- und Wüstenländer wie China, Korea, Saudi Arabien oder Katar ihre künftige Ernährungsbasis. Investoren und Agrarkonzerne setzten auf Agrarrohstoffe als neue Profitquellen. Andere sahen in Ackerland einfach einen sicheren Hafen für überschüssiges Kapital. Denn 2008 war auch das Jahr der Finanzkrise.

In der Folgezeit sollte sich Land als sichere Sachanlage für Investoren und die Finanzwirtschaft etablieren und aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB gerade auch für europäische Anleger an Bedeutung gewinnen. Bald mischten auch Pensionsfonds und Versicherungen mit, u.a. auch die Münchner Rück, die Entwicklungsbank DEG oder die Ärztepensionskasse aus Westfalen (ÄVWL).

Als sich im Juni 2012 in London Investoren zu einem „Agriculture Investment Summit“ trafen, machte ein Bündnis von 60 europäischen Nichtregierungsorganisationen in einer gemeinsamen Erklärung auf die Rolle von Pensionsfonds bei Landraub aufmerksam. Und damit auch auf die Gefahr, dass arglose europäische Renter*innen ihren Lebensabend auf dem Rücken von Kleinbäuer*innen des Globalen Südens sichern könnten.

Im gleichen Jahr hatte es aber auch eine erfreuliche Entwicklung gegeben: Angesichts der Dynamik, die große Landaneignungen im Süden gewonnen hatten, hatte das Ernährungssicherheitskomitee der UN-Agrarorganisation (FAO) globale Mindeststandards für Staaten im Umgang mit Landkäufen verabschiedet, kurz VGGT. Und doch war die Freude der Zivilgesellschaft nicht ganz ungetrübt, denn die Leitlinien blieben freiwillig.

Das unabhängige Land-Monitoring-Netzwerk „Land Matrix“ hat im September 2021 eine Bilanz der zwischen 2008 und bis 2020 verzeichneten (also öffentlich gewordenen) 1.865 großen Landdeals (Large Scale Land Acquisitions LSLA; insgesamt 33 Mio. ha) vorgelegt und darin auch die Umsetzung der freiwilligen Leitlinien thematisiert. Diese sei nach wie vor gering, heißt es in dem Bericht. „Unsere Analyse zeigt, dass beispielsweise in Afrika fast ein Drittel der bewerteten Geschäfte die VGGT-Richtlinien und -Standards überhaupt nicht einhalten.“

So seien betroffene Gemeinden nicht konsultiert und Kleinbäuer*innen, Hirt*innen und Sammelwirtschaft Betreibende von ihrem Land vertrieben worden. Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung seien zu wenige entstanden, allerdings mit regionalen Unterschieden und abhängig von der angebauten Feldfrucht. In Südostasien hatte der recht arbeitsintensive Palmölsektor einen Beschäftigungseffekt. Im Durchschnitt aber, so der



Landgrabbing entzieht oft traditionellen Nutzer*innen von Gemeinschaftsland ihre Weidegründe – z.B. für die Produktion von Agrosprit.

Bericht, seien weniger als 0,5 % der Arbeitskraft der von LSLA betroffenen Länder auf diesen akquirierten Landflächen beschäftigt.

Besonders katastrophal ist die Umweltbilanz von LSLAs, denn sie tragen „wesentlich zur Entwaldung, zur Zerstörung von Lebensräumen und zur Verschlechterung der Bodenqualität bei und sind folglich mit massiven Verlusten an biologischer Vielfalt und hohen Kohlenstoffemissionen verbunden.“

Und weil 54 % aller in der Land Matrix-Datenbank erfassten Deals für den Anbau wasserintensiver Kulturen wie Baumwolle, Ölpalme, Kautschuk und Zuckerrohr bestimmt sind, sind die Auswirkungen auf die Wasserhaushalte der Regionen gravierend.

Auch die Prognose von Land Matrix ist nicht rosig: Nachdem der Ansturm auf Land des globalen Südens nach 2010 leicht abgeflaut war, könnte er nun wieder zunehmen, „wenn die Volkswirtschaften versuchen, sich von der pandemiebedingten Wirtschaftskrise zu erholen“.

Von Isabel Armbrust

Keine Dekolonisierung des Naturschutzes in Aussicht

VON LINDA POPPE

Vor 30 Jahren, beim 9. Weltkongress der Weltnaturschutzunion, klang es wie der ersehnte Durchbruch: Die wichtigsten Naturschutzorganisationen und viele Regierungen erklärten, dass Schutzgebiete nicht existieren könnten, wenn die lokalen Anwohner*innen ausgeschlossen werden. Zu oft seien indigene Völker und ihre besonderen Beziehungen zu ihrem Land ignoriert oder durch Naturschutzvorhaben sogar zerstört worden. Dies müsse sich ändern. Landbesitz und

lionen Menschen für Naturschutzgebiete von ihrem Land vertrieben wurden. Oft waren davon indigene Gemeinden betroffen, die ihre Gebiete so gut erhalten hatten, dass Naturschützer*innen sie besonders attraktiv fanden.

Der Yellowstone-Nationalpark – der älteste Nationalpark der Welt – gab den buchstäblichen Startschuss für die Vertreibung indigener Völker im Namen des Naturschutzes. Wenige Jahre nach seiner Gründung 1872 wurden die indigenen Bewohner*innen gezwungen, das Gebiet zu verlassen. In einer Auseinandersetzung wurden Berichten zufolge 300 Menschen getötet. Auch wenn später die Einrichtung von Naturschutzgebieten nicht immer mit solch tödlichen Vertreibungen einherging, bedeuteten sie für indigene Gemeinden weiterhin einen Verlust von Land und Rechten, von heiligen Stätten, medizinischen Pflanzen, Wasser, Essen, Häusern und von Zukunft.

Doch statt einer Revolution folgte den Erklärungen der 90er Jahre die Erkenntnis, dass die Naturschutzbranche zwar mit der Mode gehen kann, sie aber unter den neuen Gewändern weiterhin Uniform trägt.

Die europäische Idee von „Wildnis“

Die Idee einer menschenleeren Wildnis führt bis heute zur Verletzung von Land- und Zugangsrechten indigener Völker. Indigene Gemeinden erfahren meist erst spät von Schutzgebiet-Projekten auf ihrem Land und werden nicht wirkungsvoll dazu befragt. Dabei ist gerade für indigene Völker ihr Land zentral für ihre Identität und ihr Überleben. Hinzu kommt, dass im „Krieg gegen Wilderei“ Indigene und andere Anwohner*innen zur Zielscheibe aufgerüsteter Sicherheitskräfte werden – dies ist vor allem in Afrika und Asien eine dramatische Entwicklung. Ranger besitzen dort in einigen Ländern weitreichende Befugnisse zum Einsatz von Schusswaffen und müssen selten mit Strafverfolgung rechnen. Geberländer wie Deutschland, die Prämien für Festnahmen zahlen, verstärken die Anreize, die Schwächsten ins Visier zu nehmen.

Auch andere Überzeugungen halten sich im Naturschutz hartnäckig. Der Rassismus und die Annahme, dass „wir“ es besser wissen, ist erschreckend. Naturschutzvorhaben problematisieren fast immer die Lebensweise indigener Völker und wirken darauf hin, diese grundlegend zu verändern. So sollen Land-



Protest bei der „Our Land Our Nature“ Konferenz September 2021 in Marseille.
Foto: Survival International

Gewohnheitsrechte sollten anerkannt werden. Die Expertise indigener Völker für den Erhalt der biologischen Vielfalt sei unerlässlich. Und wenig später preschte der WWF mit einem Papier vor, demzufolge er keine Projekte auf indigenem Land ohne Zustimmung der Bewohner*innen durchführen wolle.

Kein Platz für lokale Naturschützer*innen

Es war nicht weniger als eine Revolution. Denn weitestgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit, hatte im Naturschutz ein „Hundertjähriger Konflikt“ (Mark Dowie) getobt: Indigene Völker waren seit der Entstehung der ersten Naturschutzgebiete ins Visier von wohlmeinenden – und weniger wohlmeinenden – Naturschützer*innen geraten. Genaue Zahlen existieren nicht, aber einige schätzen, dass über hundert Mil-

rechtsverletzungen durch „alternative Einkommensquellen“ kompensiert werden, etwa im „Öko-Tourismus“. Die amerikanische Naturschutzorganisation „Wildlife Conservation Society“ WCS wollte letztes Jahr sogar die Ernährungsgewohnheiten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent ändern: „Praktiken, die vor Hunderten von Jahren entstanden sind, müssen aufhören.“ Fisch und Hühner aus Tierzucht könnten Wild ersetzen.

Erst im November 2021 enthüllte ein Bericht des Oakland Institutes, dass auch vermeintlich vorbildliche „Gemeinde-Schutzgebiete“ (Community Conservancies) in Kenia tatsächlich wenig für die Gemeinden übrighaben, auf deren Land sie entstehen. Die Betreiber und das Sicherheitspersonal dieser Gebiete seien selbst in Vertreibung, Folter und Ermordung der lokalen indigenen Bevölkerung verwickelt. Trotz allem wird das Konzept der „Gemeinde-Schutzgebiete“ auch auf neue Gebiete in Kenia und Tansania ausgeweitet.

Grausamkeiten in neuem Gewand

Was noch heute in Naturschutzgebieten passiert, würde den Rahmen dieses Heftes sprengen. Aber die Grausamkeiten gänzlich unerwähnt zu lassen, wäre unverzeihlich. Indigene und lokale Anwohner*innen werden in und um Naturschutzgebiete gefoltert. Ein Betroffener berichtet Survival International davon, dass ihm von Rangern Chili in die Augen gerieben wurde. Ein anderer, dass sein Penis an eine Schnur gebunden und daran gezogen wurde, wenn er nicht die erwünschten Antworten gab. Indigene werden ohne Anklage inhaftiert – manchmal Monate lang. In einigen Fällen verstarben Betroffene im Gefängnis oder an den Folgen der Inhaftierung. Schwangere Frauen wurden vergewaltigt. Andere Menschen werden erschossen, weil sie Schutzgebiete betreten, die auf ihrem angestammten Land entstanden waren. Indigene Aktivist*innen wurden niedergeprügelt oder verschwanden. Selbst Kinder werden von diesen Grausamkeiten nicht ausgespart. „Wenn diese Naturschützer dich im Wald finden, wollen sie dich töten“, beschrieb es die Baka-Frau Sophie aus Kamerun.

Diese Zustände sind keine Einzelfälle. Dennoch verursachen sie keinen Aufschrei in der Naturschutzgemeinde. Im Gegenteil: Auf den Punkt brachte es eine Anhörung im US-Kongress Ende Oktober, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in Naturschutzprojekten befasste. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter John Knox, der vor zwei Jahren noch im Auftrag des WWF Naturschutzvorhaben geprüft hatte, sagte nun: „Ich bin sehr enttäuscht über das Versagen des WWF, mit seiner Vergangenheit zu brechen (...). Die WWF-Führung verleugnet immer noch ihre eigene Rolle im Festungsnaturschutz und den Menschenrechtsverletzungen.“ Auch andere Naturschutzverbände stecken



Angehöriger der indigenen Bayaka-Gemeinschaft in der Zentralafrikanischen Republik.

Foto: Nicolas Marino

den Kopf in den Sand: Ein Artikel in Der Spiegel über die Tötung eines Teenagers im Kahuzi-Biéga-Nationalpark wurde von einem der wohl einflussreichsten deutschen Naturschützer als „schädlich“ für den Naturschutz diffamiert.

All dies hat rein gar nichts mit den luftigen Erklärungen von vor 30 Jahren und den Allianzen zu tun, die sich in Naturschutzkreisen heute formen. Indigene Völker finden sich in Umweltkonferenzen, internationalen Abkommen und konkreten Projekten meist am Ende des Satzes wieder, in einer speziellen „Nebenveranstaltung“ oder beim Fototermin mit Leonardo DiCaprio. Obwohl indigene Völker 80% der Artenvielfalt des Planeten schützen, bleiben sie Randfiguren, wenn sie ihre international verbrieften Rechte einfordern.

Schöne Versprechen, wenig Kontrolle

Einige aktuelle Planungen von Schutzgebieten haben inzwischen den Anspruch, die indigene Bevölkerung zu konsultieren bzw. zumindest in den Prozess zu integrieren. Kontrolliert wird die Umsetzung dieses Anspruches nur selten. Das zeigt etwa das Beispiel des in der Republik Kongo geplanten Schutzgebietes Messok Dja. Die EU verlangt für die Finanzierung die Zustimmung der indigenen Bewohner*innen. Geprüft wurde diese Vorgabe nicht.

Kürzlich kam heraus, dass der WWF zwar behauptet hatte, dass die Menschen dem neuen Schutzgebiet „positiv“ gegenüberstehen, er aber Teile eines Berichtes gestrichen hatte, aus denen hervorging, dass es auch vehemente Ablehnung gab. Hier wird deutlich:



Aktivist*innen aus allen Erdteilen forderten in Marseille eine Entkolonisierung des Naturschutzes.
Foto: Survival International

Auf die vermeintlich „Guten“ nur zu vertrauen, reicht nicht, denn auch die Naturschutzorganisationen fürchten darum, Einfluss und Geld zu verlieren.

Die Ursachen des Artensterbens werden verschleiert

Und am Horizont zeichnet sich nun der möglicherweise größte Landraub der Geschichte ab: Die UN-Biodiversitätskonvention verhandelt derzeit über eine neue Zielvorgabe, bei der 30 Prozent der Erde bis 2030 „unter Schutz gestellt“ werden sollen („30x30“). Das wäre etwa eine Verdoppelung der bisherigen geschützten Fläche in knapp 10 Jahren.

Kritiker*innen haben 30x30 bereits als politische Zielvorgabe entlarvt, denn eine wissenschaftliche Rechtfertigung für diese fehlt, genauso wie eine nachweisbare Effektivität. Wirkliche Ergebnisse für den Artenschutz brächten vor allem gesicherte indigene Landrechte, und nicht die klassischen Naturschutzgebiete.

Doch „30x30“ macht Karriere, auch weil es die Verantwortlichen davon entlastet, die Ursachen des Artensterbens zu benennen und anzugehen.

Dabei wirkt es wie eine Bankrotterklärung, die Artenvielfalt wie in einem riesigen Zoo erhalten zu wollen. Die Menschen, die den Preis dafür zahlen werden, sind aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem Indigene, die in den artenreichsten Gebieten der Erde leben und für deren Landrechte verbindliche Garantien fehlen.

Je mehr das Artensterben und der Klimawandel in den Blick der Öffentlichkeit und Politik geraten, desto mehr Konflikte um Landrechte zeichnen sich ab. Yannick Ndoinyo, Aktivist und Angehöriger der Massai aus Tansania, der die Ausweitung von Naturschutzvorhaben rund um die Serengeti mit Sorge beobachtet, fasst es so zusammen: „Die größte Ursache der Ungerechtigkeit für indigene Gemeinschaften und lokale Gemeinden geht im Moment von den Naturschutzbehörden und geschützten Gebieten aus.“

Hinzu kommt, dass große Naturschutzverbände inzwischen mit einigen der schmutzigsten Unternehmen der Welt kooperieren. Wo früher die Rede von Interessenskonflikten war, werden jetzt Gemeinsamkeiten betont. Eine Idee, die Naturschützer*innen und Konzerne verbindet, sind „naturbasierte Lösungen“ gegen den Klimawandel, die auch die In-Wertsetzung und den Handel mit (indigenem) Land und Natur beinhalten können. Dass sowohl Naturschützer*innen als auch Konzerne die Landrechte indigener Völker dabei nicht als gefährdet ansehen, überrascht wenig, da sie auch bisher für beide kaum eine Rolle spielten. Es sieht alles danach aus, als ob der „Hundertjährige Konflikt“ in die Verlängerung geht.

Linda Poppe ist Politikwissenschaftlerin und Aktivistin und arbeitet für das Netzwerk Survival International, das sich für die Rechte indigener Völker weltweit einsetzt.

„Our Land, Our Nature“: Forderungen für einen menschen- rechtebasierten Naturschutz

Bei dem alternativen Kongress „Our Land, Our Nature“ – der im September 2021 im Vorfeld eines Treffens der Weltnaturschutzunion (IUCN) stattfand – kamen zahlreiche Expert*innen und Aktivist*innen aus allen Erdteilen in Marseille on- und offline zusammen. Sie zeigten dort eindrücklich, warum Naturschutz sich dekolonisieren und mit der Tradition des „Festungsnaturschutzes“ brechen muss, um seine Ziele zu erreichen und Menschenrechte zu wahren.

Wie die Schritte zu einem menschenrechtebasierten Naturschutz aussehen könnten, schildern die Teilnehmenden im „Marseille Manifest: Ein Manifest der Menschen für die Zukunft des Naturschutzes“:

- Die internationale Gemeinschaft muss sich darauf verständigen, die Einrichtung neuer Schutzgebiete, die indigene und lokale Gemeinschaften ausschließen, zu stoppen.
- Regierungen müssen die Land- und Waldrechte der indigenen Völker in vollem Umfang respektieren, schützen und aufrechterhalten sowie die kollektive gewohnheitsmäßige Land- und Waldnutzung durch lokale Gemeinschaften respektieren, um den Schutz dieses Landes in Übereinstimmung mit ihren Wünschen zu gewährleisten. Dies sollte weltweit das wichtigste Instrument zum Schutz der biologischen Vielfalt sein.
- Regierungen und Naturschutzorganisationen dürfen keine Naturschutzprojekte ohne die vollständige freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) der betroffenen Gemeinschaften umsetzen.
- Naturschutzorganisationen müssen, wie alle Organisationen aus anderen Bereichen, Vorschriften unterliegen und sich an geregelte Verhaltenskodizes halten, um sicherzustellen, dass der Naturschutz nicht ein „Zweck“ ist, der alle Mittel rechtfertigt, um ihn zu erreichen.
- Regierungen und Naturschutzorganisationen müssen den enormen Preis anerkennen, den ausschließende Schutzgebiete für das Land, den Lebensunterhalt und die Rechte vieler Gemeinschaften weltweit gefordert haben. Sie müssen konkrete Pläne für die Entschädigung vergangenen Unrechts entwickeln, unter anderem durch die Rückgabe der Kontrolle an die historischen und lokalen Bewohner*innen.
- Die Industriestaaten müssen sich auf eine Verringerung – und nicht nur auf eine Verlagerung – des Abbaus von Ressourcen für Produktion und Konsum einigen und dies ihren Unternehmen vorschreiben, um ihre Umweltbelastungen zu verringern.
- Regierungen und Unternehmen müssen die Nutzung fossiler Brennstoffe beenden und die Versuche aufgeben, ihre Emissionen durch falsche Behauptungen, dass „naturbasierte“ Kompensationen den Klimawandel abmildern würden, zu verschleiern.
- Multinationale Unternehmen und Naturschutzorganisationen müssen ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht ernst nehmen, um Menschenrechtsverletzungen zu erkennen, zu verhindern, abzumildern und Rechenschaft darüber ablegen, wie sie damit umgehen. Sie müssen wirksame Beschwerde- und Wiedergutmachungsmechanismen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten einrichten.
- Umwelt- und Klimapolitik – ob im eigenen Land oder auf internationaler Ebene – muss sowohl unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit als auch der ökologischen Wirksamkeit konzipiert und bewertet werden. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, ein gerechtes, ausgewogenes und nachhaltiges Wohlergehen für den Menschen und alle anderen Arten auf unserem gemeinsamen Planeten zu ermöglichen.
- Mensch und Natur sind untrennbar miteinander verbunden und der Schutz der Natur sollte Teil eines größeren Anliegens sein: Wie wir leben wollen und wie eine Welt aussehen kann, in der ein gesundes Leben für alle möglich ist.

Die EU-Agrarpolitik – subventionierter Irrsinn auf Kosten der Biodiversität und der Kleinbäuer*innen weltweit

In keinem Bereich weichen die Staaten der EU weiter von ihrem Bekenntnis zur Marktwirtschaft ab als bei der gemeinsamen Agrarpolitik, kurz GAP. Die Landwirtschaft ist ein hochsubventionierter Bereich – sie verschlingt mit rund 56 Mrd. Euro/Jahr rund ein Drittel des Gesamtbudgets der EU (2021 168 Mrd).

Seit ihrer Begründung durch die EWG 1957 – damals ging es vor allem um eine sichere Versorgung der Nachkriegsökonomien mit günstigen Nahrungsmitteln – wurde die GAP x-mal reformiert. Leider nicht in Richtung von mehr Stringenz und auch nicht im Sinne der Allgemeinheit, der Umwelt und nicht einmal zugunsten der Bauern und Bäuerinnen.

So nutzt etwa das Anfang der 90er eingeführte System pauschaler Flächenbeihilfen (das 3/4 der EU-Agrarmittel bindet) vor allem großen Landbesitzer*innen und macht die Übernahme von Ackerland auch für nicht-bäuerliche Investoren noch interessanter (80 Prozent der Flächenprämien gehen an 20 Prozent der Betriebe).

Diese sogenannte Landwirtschaftspolitik konnte nicht verhindern, dass z.B. Deutschland in den vergangenen 30 Jahren über die Hälfte der bäuerlichen Betriebe (1990: 630.000; 2020: 263.000) verloren hat und weiterhin rund 3.560 pro Jahr aufgeben.



Das Fördersystem der EU begünstigt Megabetriebe auf Kosten einer bäuerlichen Landwirtschaft. Foto: Jungbäuer*innen protestieren 2021 in Berlin.

Im Gegenteil: Sie hat diesen „Strukturwandel“ sogar befördert und so direkt zur sozialen Verödung ländlicher Räume beigetragen. Auch der kritische Zustand von Grundwasser und Böden sowie der dramatische Artenschwund sind letztlich Folgen der so begünstigten großen Produktionseinheiten mit ihrer meist monokulturellen Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte. (Die durchschnittliche Betriebsgröße ist von 1990 bis 2020 von 15 ha auf 65 ha gestiegen).

Den Klimawandel beschleunigt dieses System gleich mit: Nicht nur durch das Umpflügen ökologisch wertvollen Grünlandes oder durch Verminderung der Kohlenstoffanreicherung in Böden infolge exzessiven Düngereinsatzes, sondern auch durch einen Zugriff auf Landflächen des Südens.

Als Futtermittel für seine Fleischproduzenten importiert Europa in großem Umfang Soja (Deutschland allein 4,5 Mio. Tonnen pro Jahr), das in Brasilien und Argentinien in industriellem Maßstab, z.T. auf gerodeter Waldfläche, angebaut wird. Auch dort, im globalen Süden, sind es sowohl Kleinbäuer*innen, die Umwelt und ökologisch wertvolle Gebiete, die den Preis für dieses in Europa erdachte System bezahlen müssen. Traditionelle Landnutzer*innen wurden schlicht und einfach ihres Landes beraubt – durch den Flächenbedarf für Soja verschiebt sich die Agrargrenze auch immer weiter in das Amazonasgebiet hinein.

Das ist nicht alles, was die GAP der Welt zumutet. Auch nach Abschaffung der Exportbeihilfen 2013 ist Europa der weltweit größte Agrar- und Lebensmittelexporteur (Volumen 2018 laut EU-Kommission 138 Mrd. Euro). Die Konkurrenzfähigkeit großer Agrarproduzenten auf dem Weltmarkt ist letztlich auch den (angeblich nicht handelsverzerrenden) Flächenprämien zu verdanken. Kleine Hersteller, z.B. Milchbauern, fallen sowohl in Europa wie im globalen Süden aus dem Rennen.

Es fehlt nicht an Informationen und Studien über die sozialen und ökologischen Folgen der GAP weltweit und in Europa. Leider wehren sich mächtige Interessengruppen aus Landwirtschaft und Agrarindustrie bis heute gegen eine ökologische und soziale Neuausrichtung, weg von den pauschalen Flächenprämien. In einem solchen Konzept würden Bäuer*innen nicht mehr als Produzent*innen von agrarischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln adressiert, sondern zu Landschafts- und Naturpfleger*innen aufgewertet. Im Idealfall würde auch noch ihr Beitrag zum Erhalt ländlicher Strukturen honoriert. Mit der jüngsten Reform der GAP wurde die Chance auf den Einstieg in einen solchen Prozess vertan.

Von Isabel Armbrust

Bäume pflanzen für's gute Gewissen – Der CO₂-Ablasshandel

An gefühlt jeder Straßenecke – zumindest in Berlin – wird für das Pflanzen von Bäumen geworben, um unser Klima zu retten. Es entsteht der Eindruck, dass die Klimakrise beendet sein könnte, sobald nur genügend neue Wälder rund um den Erdball entstanden sind.

Die Idee, die hinter diesen Kampagnen steckt, ist gut und nicht neu. Bäume sind wichtige und effiziente Kohlenstoffspeicher und Wälder dienen in vielerlei Hinsicht als Energiequelle: Wo sie stehen, schützen sie den Boden vor Erosionen, sie erhalten Wasserkreisläufe aufrecht, bieten Schatten, sind Nahrungsquelle und liefern den nachwachsenden Rohstoff Holz. Doch die zunehmende Entwaldung u.a. durch (Brand-)Rodungen für die Schaffung neuer Viehweiden oder Monokulturplantagen bringt all diese Kreisläufe in ein Ungleichgewicht und mittlerweile macht sie zwischen 17 und 20 % der weltweiten menschengemachten Kohlenstoffemission aus. Da liegt es auf der Hand, dass mehr Bäume auch wieder mehr Gleichgewicht ins Klima bringen könnten.

Schon im Jahr 2005 wurde bei den UN-Klimaverhandlungen REDD ins Leben gerufen. Dieses Programm soll, wie sein Name „Reducing Emissions from Deforestation and forest Degradation“ (Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) besagt, den Kohlenstoffgehalt reduzieren, der durch die zunehmende Entwaldung entsteht. Dafür werden finanzielle Anreize geschaffen, die hauptsächlich von privaten Stiftungen und den Regierungen von Industrieländern wie Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Gezahlt wird dann, wenn die i.d.R. finanzschwachen Länder des globalen Südens nachweislich die Entwaldung ihrer Landesflächen gestoppt und wieder aufgeforstet haben, damit wieder mehr Kohlenstoff gespeichert werden kann. Voraussetzung für all dies ist, dass die Reduzierung von Kohlenstoffausstößen messbar ist.

Diese „Lösung“ zieht allerdings einige Probleme nach sich. Es fängt damit an, dass in dem Programm nicht zwischen artenreichen Urwäldern und angelegten Plantagen unterschieden wird. Erstere garantieren „von Natur aus“ eine größere Biodiversität und damit Stabilität in der Erhaltung ökologischer Kreisläufe. Plantagen sind hingegen lange Zeit auf Pflege durch den Menschen angewiesen. Wird nun beispielsweise in Brasilien ein Teil des Regenwaldes abgeholzt, um auf der gerodeten Fläche Palmöl-Plantagen anzulegen, macht dies in den Kohlenstoffkompensationsberechnungen von REDD keinen Unterschied. Auch, dass hier komplette Lebensräume zerstört werden, ist irrelevant, ganz abgesehen von den zusätzlich freigesetzten Emissionen im Falle von Brandrodung.



Ölpalmenplantage – so gut wie ein Regenwald?

Die meisten Aufforstungsprojekte werden in Ländern des globalen Südens durchgeführt, also dort, wo die wenigsten Emissionen verursacht werden. Neben einer bloßen Verlagerung der CO₂-Kompensation – vom emissionsreichen Norden hin zum unter dem Klimawandel am meisten leidenden Süden – haben wir es in diesen Regionen oft mit ungeklärten Zugangs- und Nutzungsrechten von Ländereien zu tun. Es kommt u.a. zu Landraub und -Konflikten bei Kleinbäuer*innen und indigenen Gruppen, welche die Flächen für ihre Subsistenzwirtschaft benötigen. So wird die Frage des Bäume-Pflanzens für das Klima schnell zu einer Frage der Menschenrechte, der Rechte auf Wasser, Nahrung, Land usw.

Damit liegt der Schluss nahe, dass CO₂-Kompensation durch das Pflanzen von Bäumen und Programme wie REDD nur eine Zwischenlösung auf dem Weg zu einer massiven Reduktion von Kohlenstoff an der Quelle ist. Es darf nicht weiter eine Klimapolitik betrieben werden, die weitestgehend auf dem Rücken – besser gesagt auf dem Land – derjenigen ausgetragen wird, die die Folgeschäden des ständigen Wirtschaftswachstums sowieso schon am stärksten zu spüren bekommen. Eine Reduktion von klimaschädlichen Emissionen ist deshalb unabdinglich.

Von Franziska Kohlhoff

Die Kolonialisierung der Natur – Extraktivismus und seine Folgen

VON PAULINE VOGEL

Wir befinden uns mitten in der Klimakrise. Die Entnahme natürlicher Ressourcen aus der Umwelt trägt einen großen Teil zum Erhalt des kapitalistischen Systems bei und zerstört die Natur und die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen. Dies wird, insbesondere in Lateinamerika, als Extraktivismus bezeichnet.

Die seit jeher (und besonders seit den 1990er Jahren) gestiegene Rohstoffnachfrage führt zu einer zunehmenden Ausbeutung und Zerstörung von Ökosystemen auf großen Landflächen, vor allem im Globalen Süden. Extraktivismus ist also in seiner einfachsten



Entwicklung“ und „Fortschritt“ durch eine grenzenlose Ausbeutung der Natur?

Definition die Organisation und Produktion von Rohstoffen sowie eine Art der Aneignung und Ausbeutung von Land. Er umfasst auch die Verarbeitung, den Transport und den Handel mit diesen Rohstoffen, meint also ein ganzes System der Aneignung. Dies treibt nicht nur die Erderwärmung an, sondern reproduziert auch kapitalistische, imperiale und koloniale Machtstrukturen.

Interessanterweise nennt sich die Praxis zur nachhaltigen Nutzung der Ressourcen von Waldgebieten durch indigene oder traditionelle Gemeinschaften im Globalen Süden ebenfalls Extraktivismus – in Brasilien wird sie unter anderem in Naturreservaten mit Sammelnutzung (Reservas extrativistas – ResEx*) angewandt. Sie ist also nicht zu verwechseln mit den in diesem Text vorgestellten und kritisierten Formen von Extraktivismen.

*Im ResEx „Verde para Sempre“ etwa hat die ASW traditionelle Flussanwohnergemeinschaften bei ihrer nachhaltigen Nutzung der Fischbestände, Sammelwirtschaft und Açaí-Weiterverarbeitung unterstützt.

Die Kolonialisierung der Natur

Extraktive Praktiken sind mit unterschiedlicher Intensität eine Konstante im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben in den Ländern des Globalen Südens. Rohstoffreiche Länder extrahieren und exportieren Rohstoffe, während andere Länder diese importieren und sich um die Weiterverarbeitung kümmern. Durch diesen Ablauf entsteht eine Dynamik von Abhängigkeiten innerhalb eines ungleichen Handels, in dem Natur und Land zur Ware werden.

In Lateinamerika und der Karibik werden beispielsweise 85% der weltweiten Lithium-, 27% der Kohle-, 25% der Öl-, 8% der Gas- und 5% der Uranreserven nachgewiesen. Außerdem wachsen 25% der Wälder und existiert 40% der Artenvielfalt der Welt auf lateinamerikanischem Grund. Der Reichtum an Biodiversität der lateinamerikanischen Länder hat dazu geführt, dass diese seit der Kolonialisierung 1492 die hohe Nachfrage von Rohstoffen in Europa und Nordamerika bedienen müssen

Extraktivismen: Von der Kolonialzeit bis heute

Die erste Generation der Extraktivismen kann nach der Kolonialisierung „Amerikas“ angesiedelt werden. Auf der Suche nach Gold und dem Reichtum des „amerikanischen“ Kontinents eröffneten die Spanier und Portugiesen die ersten Minen und Plantagen.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen parallel zur Industrialisierung Umfang und Intensität der Bergbauprojekte und Plantagen zu, was zu einer zweiten Generation der Extraktivismen führte. Es gab erst Ölbohrungen und die Trennung der Mineralien wurde mit Hilfe neuer physikalisch-chemischer Methoden verbessert.

Die Extraktivismen der dritten Generation zeichnen sich im 20. Jahrhundert durch einen sehr hohen Verbrauch von Energie, Wasser und anderen Ressourcen aus – und damit durch geringe Effizienz. Zu dieser Generation gehören unter anderem die Industriefischerei, der Anbau in Monokulturen und der Tagebau. Gleichzeitig ist die vierte Generation der Extraktivismen entstanden, wie z.B. das Fracking. Das Verfahren ist wahrscheinlich das ineffizienteste von allen, was den Ressourcen-, Wasser- und Energieverbrauch angeht. Außerdem kommt es fast immer zu Umweltverschmutzungen und zu einem Ausstoß des Treibhausgases Methan.



Der andere Extraktivismus: Besuch beim ASW-Partner CDS im ResEx „Verde para Sempre“, dem größten Sammelreservat (ResEx) Brasiliens.

Mit den Extraktivismen der vierten Generation werden immer mehr die räumlichen Grenzen ausgeweitet. Wüsten, Feuchtgebiete, Ozeane sowie Gletscher erlangen neue Bedeutung, was eine steigende Belastung der Natur durch den Verlust von Biodiversität und Territorium mit sich bringt.

Diese Klassifizierung zeigt die Tendenz, Intensität und Volumen des Ressourcenabbaus zu steigern, auch wenn dies auf Kosten der Natur erfolgt. Die Natur ist in den Markt integriert und wird, der Logik des Kapitalismus folgend, zu einem immer unentbehrlicheren Gut.

Wo es Unterdrückung gibt, gibt es Widerstand

Die Diskussionen rund um die unterschiedlichen Extraktivismen beschränken sich nicht nur auf die Verschmutzung und Zerstörung der Natur und Lebensräume. Es geht auch um die Hinterfragung des gesamten Systems, auf dem die Extraktivismen basieren. Es geht um eine Kritik an den neokolonialen, kapitalistischen und neoliberalen Strukturen des derzeitigen Systems in der Welt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf transnationalen Unternehmen.

Dem gegenüber basiert die Argumentation für den Extraktivismus meistens auf den Ideen von „Entwicklung“ und „Fortschritt“, die den Gemeinschaften und Ländern, in denen die Projekte implementiert werden, Wohlstand versprechen – Wirtschaftswachstum also als direkte Folge der Extraktivismen.

Doch die versteckten Kosten und Auswirkungen auf die Natur und Menschen vor Ort müssen in letzter Konsequenz von den dort lebenden Gemeinden getragen werden.

Organisierte Gemeinschaften wie z.B. die ASW-Partner des Amazonasnetzwerkes FAOR machen auf die Auswirkungen der Extraktivismusprojekte aufmerksam und fordern ein Umdenken hinsichtlich des Fortschrittsgedankens, der mit den Extraktivismen einhergeht.

Die Zerstörung der Ökosysteme durch die Extraktivismen führt unabdinglich auch zur Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen vor Ort, was wiederum Auswirkungen auf die Menschen als Gemeinschaft sowie als Individuen hat.

Auf der Suche nach Auswegen und Alternativen rücken indigene und feministische Alternativen in den Vordergrund. Organisierte Frauen rufen zum konkreten Handeln auf und schaffen tagtäglich aus ihren Erfahrungen heraus neue Formen des Zusammenlebens. Es geht darum, die Allgegenwart extraktiver Praktiken zu erkennen und einen Impuls zu geben, diese zu verändern. Buen vivir-Bewegungen, die Strömungen des Ökofeminismus, des dekolonialen und kommunitären Feminismus sowie zahlreiche indigene, afroamerikanische oder Bauernbewegungen in Ländern des Globalen Südens geben wichtige Anregungen zu einem Neu-Denken unserer Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Lebensweise. Die Debatte für reale Lösungsansätze hat begonnen und bedarf aktiver Mitarbeit und kritischer Selbstreflexion.

Biodiversität, Klimaschutz und Produktion gesunder Nahrung im Einklang



Anbau in Mischkultur: Bäuerin
bei der ASW-Partnerorganisation
AMTR in Brasilien

Agrarökologie – Die Antwort auf das „Trilemma der Landnutzung“

Aus Sicht des Globalen Südens heißt die Lösung für die Landnutzungsfrage Agrarökologie. Auf ein und derselben Landfläche werden durch eine an die natürlichen Bedingungen angepasste Landwirtschaft die Anforderungen des Klima- und Biodiversitätsschutzes sowie die Ernährungssicherung optimal zusammengeführt.

Nord-Süd-Organisationen inklusive wir als ASW haben Agrarökologie schon vor Jahren als ein Konzept aufgegriffen, das den mehrheitlich kleinbäuerlichen Nahrungsproduzent*innen des Globalen Südens die Existenz sichert und zugleich ihre Selbstbestimmung stärkt. Das geschieht z.B. dadurch, dass Kleinbäuer*innen sich nicht mehr durch chemische Düngemittel und Pestizide verschulden müssen, sondern diese durch natürliche Varianten wie Kompost und biologischen Pflanzenschutz ersetzen.

Die Selbstbestimmung wird aber vor allem dadurch gestärkt, dass sie sich durch die Vermehrung von eigenem, lokal angepasstem Saatgut aus der Abhängigkeit von der Agrarindustrie befreien und dabei u.a. auf ihr traditionelles bäuerliches Wissen setzen. So haben sie die Möglichkeit, sich ein unabhängigeres und stabileres Einkommen zu sichern, fern von unfairen Verträgen. Agrarökologie in diesem Verständnis ist daher eng mit „Ernährungssouveränität“ verbunden und hat dadurch auch eine kulturelle Komponente: Gemeinschaften vor Ort und nicht mehr die Agrar- und Ernährungsindustrie des globalen Nordens bestimmen, was sie essen und produzieren wollen und wie sie das tun.

Wichtig für die Zukunft nicht nur der ärmeren Gruppen des Globalen Südens, sondern für die Menschheit und unseren Planeten ist auch, dass in Agrarökologie eine ganz andere Sichtweise auf die Natur steckt als in der konventionellen Landwirtschaft. Die Natur wird nicht mehr als ein bloßer Produktionsfaktor gesehen, aus dem man so lange Profit schöpft, bis er verbraucht ist. Sie ist in biologischer, kultureller und ästhetischer Hinsicht die Basis menschlichen Lebens, das in sie und ihre Kreisläufe eingebunden ist.

In der Praxis – auf dem Feld – zeigt sich agrarökologischer Anbau in einem reichen Bestand verschiedenster Pflanzensorten. Die Kleinbäuer*innen beim ASW-Partner FASE in Brasilien pflanzen z.B. Maniok, Bananen, Bohnen und Koriander unter Açaí- oder Bacuribäumen, die Schatten spenden und mit ihren Blättern



zugleich die Felder düngen. Sie praktizieren damit Agro-Forst-Systeme, die aus ihren selbst entwickelten Anbausystemen hervorgegangen sind. „Techniken, die vor allem beim Anbau in der Regenzeit nützlich sind, hatten mir gefehlt“, berichtet der Bauer Pastana aus Bacuri. „Ich beobachte die Natur und versuche zu ergründen, warum sie so funktioniert. Dann kopiere ich ihre positiven Eigenschaften.“ Die lokalen Bäuer*innen in Brasiliens Amazonasregion betreiben also schon seit Jahren selber Agrarökologie, ohne ihre Anbaupraxis so zu nennen.

Auch im Senegal und in Indien unterstützt die ASW von Gemeinschaften getragene Agro-Forstsysteme. Auch dort sind die Kleinbäuer*innen zu sichereren Erträgen und mehr Unabhängigkeit gelangt, haben zu einer Regenerierung erschöpfter Böden und Wasservorräte beigetragen und so dafür gesorgt, dass auch nachfolgende Generationen von ihrem Land leben können (Siehe nebenstehender Beitrag und S. 30 in diesem Heft).

Mit diesen Partner*innen teilen wir als ASW die Überzeugung, dass Agrarökologie die landwirtschaftliche Methode der Zukunft ist und nur sie es schafft, unser Überleben und das anderer Spezies auf unserem Planeten zu sichern.

Von Isabel Armbrust und Sophie Cemrek

Was Mutter Natur kostenlos zur Verfügung stellt...

Land, Artenreichtum und Ernährung aus Sicht indigener Menschen in Brasilien

Für Menschen indigener Gemeinschaften ist das Land, seine Vegetation und die Tierwelt die Lebensbasis. Heute wissen wir, dass die indigene Lebensweise ihrerseits wichtig ist für den Wald-, Arten- und Klimaschutz auf unserem Globus. Im Folgenden lesen Sie, was Vertreter*innen der amazonischen Gemeinschaften der Kumaruará, Munduruku und Guajajara mit dem Thema Land, Arten- und Klimaschutz sowie Vielfalt verbinden.



Maisa Guajajara beim Marsch Indigener Frauen in der Hauptstadt Brasília.
Foto: Marquinho Mota

„Wir sind sozusagen auch ein Teil des Landes“, sagt Leuza Munduruku. „Wir sind aus ihm entstanden, wir wären ohne das Land nichts, unser ganzes Leben hängt von ihm ab. Wir stammen von ihm ab und sind untrennbar von ihm.“

Für Iro Kumaruara-Pará ist das Land auch Teil seiner Familie. Und es ist „heiliger Boden, den nur diejenigen lieben, pflegen und wertschätzen, die ihn auch verteidigen, für ihn kämpfen und sterben.“

Sogar die Luft zum Atmen stelle das Land bereit, findet Maisa Guajajara- Ti Caru- Maranhao. „Wir haben keine eigenen Worte, um zu sagen, wie wichtig das Land ist. Es ist einfach unser Leben.“

Wir ernähren uns von dem, was das Land produziert – und das ist ganz viel

Auf die Frage, wie sie es schaffen, sich von den Gaben ihres Landes gut zu ernähren, wird uns eine Vielfalt

von Früchten, Wurzeln und Fischen beschrieben. „Ich muss nur wissen, wie ich den Boden, den uns Mutter Natur kostenlos zur Verfügung stellt, gut nutzen kann“, fügt Iro Kumaruara-Pará hinzu. Dass die Nahrungsmittel, die ihnen das Land gibt, natürliche und gesunde Produkte sind, findet Maisa Guajajara erwähnenswert. „Sie sorgen dafür, dass auch wir gesund sind.“

Schutz gegen die äußeren Bedrohungen

Alle drei wissen, wie bedroht ihr Land derzeit ist. Leuza Munduruku nennt „Holzfäller, Goldsucher und Landräuber“ und Iro Kumaruara-Pará spricht von einer „Invasion der Straße“ und einer „Invasion der Sojabauern und Holzfäller“. „Es wird uns ständig nach dem Leben getrachtet“, so Leuza Munduruku. „Die Eindringlinge bedrohen uns, verseuchen unsere Flüsse und töten uns. Daher schützen wir unser Leben, indem wir die Natur beschützen, denn wir sind von ihr abhängig.“ Dass sie heute noch aufmerksamer sind, betont auch Maisa Guajajara. „Dafür patrouillieren wir und überprüfen den Zustand rund um unser Dorf und darüber hinaus.“

Vielfalt der Natur und der Kulturen

Auf die Frage, was sie unter „biologisch-kultureller Vielfalt“ verstehen, – ein in Brasilien gerade beliebtes Konzept – fallen ihre Antworten recht einhellig aus.

„Jedes Volk hat seine eigene Art und Weise sich zu organisieren, seine eigene Kultur, seine eigene Sprache, seine eigene Art sich zu kleiden. Und durch diese Vielfalt sind wir reich. Jede Kultur hat auch ihre Geschichte, die erzählt werden will und ein natürliches Erbe darstellt“, sagt Maisa Guajajara. Für Leuza Munduruku ist die biologisch-kulturelle Vielfalt sogar „Grundlage zur Erhaltung des Weltklimas und der Menschheit.“

Zusammengestellt und übersetzt von Silke Tribukait

Wie Ökoanbau in Indien Ernährung und Biodiversität sichert

Interview mit Durgadevi aus Tamil Nadu

In Indien wird fruchtbares Land u.a. durch den Klimawandel immer rarer. Wie sieht es in Ihrer Region aus?

Die Situation wird auch bei uns immer schlimmer. Denn auf 90 Prozent der Felder wird Regenfeldbau betrieben. Die abnehmende Bodenfeuchtigkeit und Veränderungen der Niederschlagsmuster wirken sich direkt auf die Pflanzenproduktion aus. Der Ertrag heute ist rund 10 – 15 % geringer als noch in den Vorjahren.

Niederschlagsschwankungen verkürzen auch die Wachstumsphase. Zum Beispiel ist bei Hirse der Zeitpunkt der Aussaat wichtig. Die Kulturen der Regenzeit sollten unmittelbar nach Beginn des Monsuns gesät werden. Aber wenn der Monsun unregelmäßig wird, erfolgt die Aussaat oft zu spät.

Auch zu lange anhaltende Regenfälle führen zu Ernteaussfällen u.a. durch Fäulnis der Pflanzen. Unsere Moringa-Bauern hatten dieses Mal mit anhaltenden Regenfällen zu kämpfen. 20% der Blütenknospen sind abgefallen.

Wie genau reagieren denn die Bauern auf diese Situation?

Viele Landwirte entscheiden sich für die Pflanzen, für die Saatguthändler ihnen den höchsten Ertrag versprechen. Dadurch geht die Vielfalt der kultivierten Pflanzensorten stark zurück. Die traditionellen Anbaumuster sind zusammengebrochen.

Etwa 30 Prozent der Bauern unserer Gegend entscheiden sich für den Anbau von Jasminblüten, die schnelles Geld bringen. Die anderen praktizieren traditionelle Methoden des Anbaus von Nahrung, z.B. von Hirse, Gemüse und Obst. Einige erhielten von uns Schulungen zu ökologischen Anbaumethoden.

Wie ist das Land aufgeteilt, wieviele Klein- und Großbauern*innen gibt es?

Die meisten Landwirte in unserem Projektgebiet sind Klein- und Kleinst-Bauern, die zwischen 1 (1 Acre = 0,4 Hektar) und 3 Acre Ackerland besitzen. Doch kürzlich hat im Dorf Santhayur ein Großinvestor aus dem Nachbardistrikt 123 Acre (50 Hektar) in Besitz genommen. Er hat das Land von fast 20 Bauern gekauft, die infolge der Covid-Situation und Ernteverlusten aufgegeben haben.

Außerdem gibt es eine Bäuerin, die auf den Anbau von Zuckermais für die Viehfutterproduktion umgestiegen ist. Sie bewirtschaftet dafür 10 Acre Land



5-6 Jahre nach der Umstellung auf Ökoanbau verbessert sich die Bodenfruchtbarkeit sichtbar

und hat zu ihren 3 Acre 7 Acre von ihren Nachbarn dazu gepachtet. Sie hat einen Vertrag mit einem Unternehmen, man gab ihr das Saatgut und die Düngemittel und versprach ihr, den Ertrag zu einem guten Preis abzunehmen. Mir sagte sie, dass sie selbst die Gewinnspanne nicht kenne, da sie dies zum ersten Mal tue.

Die anderen Bäuer*innen des Dorfes, mit denen ich sprach, finden es keine gute Idee, diese Art von Saatgut, das viel Dünger braucht, zu verwenden. Stattdessen rieten sie ihr dazu, einheimische Hirsesorten anzubauen.

CENTREREDA fördert im Zielgebiet ökologischen Landbau. Wie überzeugen Sie die Bäuer*innen von den Vorteilen?

Anfangs hatten die Landwirte Schwierigkeiten, auf biologische Landwirtschaft umzustellen. Nur 20% der Zielgruppen wollten die natürlichen Praktiken übernehmen.

Aber nach 5–6 Jahren haben sie die Veränderungen zwischen konventionellen und Biobetrieben in

ihrem Dorf wahrgenommen. Die Böden verändern sich sichtbar und die Erträge steigen. Sobald die Bäuer*innen diesen Unterschied sehen, sind viele bereit, ihre Praxis auf natürliche Methoden umzustellen.

Sie erkundigen sich selbst und haben begonnen, in kleineren Teilen ihres Betriebs ökologischen Landbau zu erproben. In den meisten Dörfern sind das schon 60% der Bäuer*innen, die zumindest teilweise ökologische Anbaumethoden praktizieren.

Insgesamt sind mehr Frauen an ökologischen Methoden interessiert als Männer. Fast 90% der Frauen beteiligen sich an der natürlichen, traditionellen Art der Landwirtschaft.

Wie unterstützen Sie beim Aufbau der Bodenfruchtbarkeit?

Die Landwirte wenden die Fruchtfolgemethode an, um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und den Nährstoffgehalt zu erhöhen. Sie haben auch gelernt zu kompostieren.

In unserem Gebiet hat jeder Haushalt mindestens eine Ziege als Nutztier. Ziegenmist enthält wenig Feuchtigkeit, wenig Geruch und viel Nährstoffe. Wenn die Bauern eine größere Menge benötigen, empfehlen wir ihnen, sie vom benachbarten Bäuer*innen-Club (Village Farmer's Club) zu beziehen.

Auch der Mehrfachanbau ist eine gängige Praxis in unserer Gegend. 26 verschiedene Samen werden auf dem ausgelaugten Feld ausgesät. Nachdem sie gewachsen sind, werden die Pflanzen zum Mulchen verwendet. Auf diese Weise kann der Boden mehr Nährstoffe entwickeln.

Welche kollektiven Strukturen gibt es in Ihrem Projektansatz?

Der Zugang zu Saatgut und dessen Verteilung ist kollektiv geregelt. Auch das läuft über die Bäuer*innen-Clubs (Village Farmer's Club). Diese geben Saatgut an die Mitglieder mit der Auflage, das Saatgut in doppelter Menge zurückzugeben.

Außerdem unterhalten die Mitglieder des Clubs ein Sparkonto bei einer örtlichen Bank. Unsere Mitarbeiter*innen überprüfen bei regelmäßigen Besuchen vor Ort diese Konten. Die Clubs verleihen ihre Ersparnisse bei Bedarf an die Gruppenmitglieder und entscheiden gemeinschaftlich, wer Geld bekommt. Sie wenden sich an den staatlichen Sektor, um über diese Gruppenkonten Agrarkredite zu erhalten.

Und es gibt auch noch einen gemeinschaftlich verwalteten Fonds, aus dem sich die Frauen nach Beratung untereinander Kredite geben. Bei dieser Vergabe müssen alle Frauen mit der jeweiligen Person und ihrer Kreditverwendung einverstanden sein.

Außerdem gibt es unseren Grünen Laden (Green Shop), über den das überschüssige Gemüse gemeinschaftlich vermarktet wird. Eine Person übernimmt die Verantwortung, die Ernte von den Bauern abzuholen und wöchentlich an den Gemüseladen zu liefern. Das Green-Shop-System spielt außerdem eine wichtige

Rolle bei der Kommunikation mit anderen Mitgliedern des Farmer's Clubs. Wenn z.B. ein Mitglied Bedarf an Ziegenmud hat, wird über den Shop gefragt, wer davon etwas übrig hat und bringt beide Personen zusammen.

Hat sich die Ernährungssituation in Ihren Dörfern verbessert?

Die Ernährungssituation in unseren Zieldörfern hat sich auf jeden Fall verbessert. Und auch die Ernährungsstile: Die weiblichen Mitglieder bereiten regelmäßig gesunde Hirse-Fladen zu.

CENTREREDA hat zuvor Schulungen durchgeführt, um das Bewusstsein für den Nährstoffgehalt der Hirse zu schärfen. Außerdem bauen die Menschen in ihren Gemüsegärten nährstoffreiche Kräuter und Gemüse an.

Wie steht es um die Biodiversität? Haben sie Pflanzen- und Tierarten gesehen, die in die Dörfer zurückkehren?

Ja. Auf der Farm eines mit uns kooperierenden Bauern können wir den häufigen Besuch der seltenen Zibetkatze beobachten. Außerdem sehen wir immer mehr Sperlingsnester in den Biobetrieben. Spatzen spielen eine wichtige Rolle in der Nahrungskette, aber sie sind vom Aussterben bedroht.

Es gibt auch viele Heilpflanzen, die von selbst wieder wachsen, zum Beispiel Zitronengras.

Erlangen Kleinbäuerinnen, die ökologischen Landbau betreiben, ihre Familien besser ernähren und ihre Methoden an andere weitergeben, einen besseren Status?

Die soziale und finanzielle Stellung der Frauen hat sich verbessert. Sie arbeiten den ganzen Tag, um ihre Anbaubedingungen zu verbessern. Schließlich haben sich ihr Pflanzenwachstum und die Qualität der Erträge verbessert. Die Frauen nehmen auch an den Sitzungen des Dorf-Panchayat-Komitees (Gemeindeversammlung) teil, um ihre Meinungen beizutragen. Und sie beteiligen sich auch an den Panchayat-Wahlen.

Was ist Ihre Vision für eine Landnutzung, die der Ernährung, der biologischen Vielfalt und dem Klimaschutz dient?

Als langfristige Vision sollte es in jedem Dorf mindestens eine sich selbst tragende Öko-Farm geben. Wenn z.B. Menschen aus einem Nachbardorf einen so integrierten Bauernhof sehen, versuchen sie meist, ein solches Modell auch in ihrem Dorf umzusetzen und so eine klima- und artenfreundliche Umgebung zu schaffen.

Das Interview führte Isabel Armbrust im September 2021

Die große grüne Mauer – versandete Vision oder Hoffnung auf einen grünen Sahel?



Dr. Alphonsine Ramde-Tiendrebeogo (r.) – Kooperationspartnerin der ASW beim Projekt „Gemeinschaftsgärten im Sahel für eine gesunde Ernährung“.

Die Eckdaten zum größten multinationalen Umweltprojekt klingen vielversprechend: 2007 beschloss die Afrikanische Union ein neues „Weltwunder“ zu schaffen. Um der Desertifikation auf dem afrikanischen Kontinent, also der Ausbreitung der Sahara, entgegenzuwirken, soll eine große grüne Mauer in der Sahelzone errichtet werden. Dafür, so der ursprüngliche Plan, werden bis 2030 rund 100 Mio. Hektar Land mit Bäumen bepflanzt. Der Grünstreifen erstreckt sich dann über eine Länge von fast 8.000 km und 15 km Breite von der Küste Senegals in Westafrika bis in den Osten von Dschibuti.

14 Jahre später kann eine erste Bilanz gezogen werden: Das Mammutprojekt kommt in einigen Regionen gut voran, in anderen nur schleppend bis gar nicht. Mittlerweile wird nicht mehr von einer Mauer gesprochen, sondern von einem Mosaik. Das bringt es auch eher auf den Punkt.

Während beispielsweise im Senegal eine engagierte Regierung die Aufforstung vorantreibt und der hier liegende Teil des Mosaiks wächst und gedeiht, behindert in Burkina Faso die angespannte politische Lage ein Vorankommen. Zwar sind auch hier schon fast 21.000 ha Land unter Einbezug der lokalen Bevölkerung aufgeforstet worden, doch der ambitionierte Zeitplan von einst kann schon lange nicht mehr eingehalten werden – nicht nur in Burkina Faso.

Der afrikanische Kontinent und seine Bevölkerung sind stark vom Klimawandel betroffen, haben aber in der Summe fast keinen Anteil an den zumeist menschengemachten schädlichen Treibhausgas-Emissionen, die ihn u.a. auslösen und stetig verstärken. Die anhaltenden Dürren sind nicht nur in der Sahelzone allgegenwärtig. Doch hier schreitet die „Verwüstung“ am schnellsten voran und beeinflusst das Leben der ansässigen Menschen und damit Politik und Wirtschaft in der Region zunehmend. Arbeitslosigkeit und Armut sind eine direkte Folge

des Klimawandels, die mit dem Projekt der „großen grünen Mauer“ bekämpft werden soll und kann.

Darum ist die Idee grundsätzlich auch gut und lobenswert, vor allem, wenn die emissionsreichen Länder des globalen Nordens in die Finanzierungspflicht genommen werden. Hingegen ist die Umsetzung nicht einfach: Das zu bewirtschaftende Land ist und war zum großen Teil aufgrund der Trockenheit nicht mehr bewohnt. Die Einbindung der lokalen Bevölkerung ist bei diesem Projekt allerdings unabdinglich.

Denn es genügt nicht, Setzlinge in die Erde zu bringen. Grünflächen müssen gepflegt werden. Darum müssen Anreize zum Mitmachen für die Bevölkerung geschaffen werden. Neben der Jobsicherheit gilt es auch eine soziale Infrastruktur für ein Leben vor Ort aufzubauen. Die Menschen müssen sich in allererster Linie selbst versorgen können, bevor sie in der Lage sind, sich um die Pflanzen, die zu Beginn wenig ertragreich sind, zu kümmern – um nur eine Schwierigkeit zu erwähnen, von der Wasserversorgung ganz abgesehen. Außerdem ist es hilfreich, wenn sich die Anwohner*innen mit dem Projekt identifizieren, es nicht von „oben“ übergestülpt wird. Dafür muss für sie erkennbar sein, dass sie einen langfristigen Nutzen davon haben, was zum Beispiel über Schulungen vermittelt werden kann.

Die große grüne Mauer ist also ein begrüßenswertes Projekt, zu dessen Gelingen vielfältige lokale Anpassungen notwendig sind, die multinational und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung koordiniert werden müssen.

Eine riesige Aufgabe, für die es einen langen Atem braucht und damit Zeit, die wir gerade in Hinblick auf die schnell voranschreitende Erderwärmung nicht haben.

Quelle: <https://www.unccd.int/actions/great-green-wall-initiative>

Von Franziska Kohlhoff

Agroforstsysteme für Ernährung, Biodiversität und Klima: Das Beispiel APAF im Senegal

Fast die Hälfte der Ackerfläche im Senegal ist von Wüstenbildung betroffen. Im Interview umreißt Fatimata Diop, Koordinatorin unserer Partnerorganisation APAF, die Dimension dieses Problems und erläutert, wie sie im Süden des Senegal Kleinbäuerinnen und Umwelt vor allem durch Agro-Forstsysteme stärkt.



Fatimata Diop, Koordinatorin der Organisation APAF.

ASW: Kannst du uns kurz die Problemlage schildern, mit der ihr in eurer Region kämpft?

Fatimata Diop: Die größten Herausforderungen, denen wir uns bei unserer Arbeit stellen müssen, haben mit Land zu tun. Nur wenn man dem Boden und seiner Nutzung einen zentralen Platz einräumt, kann man die zentralen Probleme des Klimawandels, des Verlusts der biologischen Vielfalt und der Ernährungsunsicherheit irgendwie bewältigen.

Das Land ist bereits gezeichnet von schädlichen landwirtschaftlichen Praktiken wie dem starken Einsatz von Pestiziden und Monokulturen. Die Böden sind müde, weil ihnen die Bäume genommen wurden, die sie bereichern und erhalten.

Dies führt zu einem Verlust an biologischer Vielfalt. Der Senegal verliert jeden Tag fast 123 Hektar Wald. Die Bäume verschwinden ebenso wie bestimmte Tierarten. Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Niederschläge kommen hinzu. All das führt zu

einem erheblichen Rückgang der Ernten und des Einkommens der ländlichen Bevölkerung, die hauptsächlich aus Bäuer*innen besteht.

Was macht ihr in dieser Lage konkret?

Wir bei APAF sind der Meinung, dass der Ausgangspunkt das Land ist. Es ist die Nutzung des Bodens, die unsere Zukunft und unsere Lebensbedingungen bestimmt, insbesondere als Bauernverband. Alles, was wir haben, ist das Land und die Kraft unserer Arbeit. Wir müssen dem Land zurückgeben, was ihm gehört, wenn wir wollen, dass es uns gibt, was wir von ihm erwarten.

Das Land muss wiederbelebt werden und wir, die wir einen großen Teil zu seiner Zerstörung beigetragen haben, müssen uns an seiner Genesung beteiligen. Das Land braucht die Bäume zum Leben, die Bauern brauchen das fruchtbare Land zum Leben. Unser Ansatz besteht daher darin, diese unterschiedlichen Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen.

Mit der dörflichen Agroforstwirtschaft können wir dies erreichen. Wir unterstützen Landwirte bei der Anpflanzung von Bäumen auf ihrem Land und beim ökologischen Anbau von Saison- und Nebensaisonpflanzen, hauptsächlich für den lokalen Verbrauch und den Markt. Dies ist eine traditionelle Praxis, die wir wiederbeleben, weil unsere Vorfahren schon immer zwischen den Bäumen angebaut haben. Mit der Einführung der Erdnuss in das Anbausystem wurden die Bäume von den Feldern entfernt, damit die Maschinen mit weniger Hindernissen arbeiten können.

Wie gewinnt ihr die Bäuer*innen für diese Art der Landnutzung?

Unser Ansatz wird von den Landwirten gut angenommen. Allein mit den Mitteln der ASW konnten wir in zwölf Dörfern in der Kaolack-Region aktiv werden, mehr als 35.000 fruchtbare Bäume pflanzen und Tausende von Dorfbewohner*innen für die Bedeutung von Bäumen, Agroforstwirtschaft und die Einführung agroökologischer Anbaumethoden sensibilisieren.

Was sind die Hindernisse für die Agroforstwirtschaft im Senegal?

Trotz unserer Bemühungen gibt es viele Schwierigkeiten. Manchmal ist es nicht einfach Landwirte davon zu überzeugen, Anbaumethoden zu ändern, die der bio-



Von APAF unterstützter und beratener Bauer auf seinem Feld

logischen Vielfalt und ihrem Geschäft langfristig schaden.

Andere Hindernisse sind geografischer und klimatischer Natur. Wir befinden uns in der Sahelzone, in der das Wasser knapp ist. Wenn es verfügbar ist, kann es manchmal salzig sein und für die Landwirtschaft unbrauchbar. Ein weiteres Problem ist der Zugang zu Land, der für die Landwirte, insbesondere für Frauen, immer schwieriger wird. Auf nationaler Ebene besitzen nur 13 % der Frauen Land. In ländlichen Gebieten ist ihr Anteil noch geringer.

Wie steht es in den Gebieten, in denen Sie arbeiten, um die Ernährungssicherheit? Wächst diese durch das Projekt?

Wir sind hauptsächlich in den Regionen Dakar und Thiès tätig. Die Menschen, mit denen wir arbeiten, haben viele Schwierigkeiten, sich zu ernähren, obwohl sie 66-70 % ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Mehr als die Hälfte von ihnen ist von Ernährungsunsicherheit betroffen, 16 % sogar von Hunger.

Die Landwirtschaft, von der die meisten Einwohner*innen leben, findet normalerweise nur während

der Regenzeit statt. Das bedeutet, dass sie nur drei Monate Zeit haben, um genug Nahrung zu produzieren, um sich 12 Monate lang ernähren zu können. Unser Beitrag zur Verbesserung dieser Situation ist die Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme, um das Land produktiver zu machen und die Erträge langfristig zu steigern.

Mit unseren verschiedenen Projekten unterstützen wir Landwirte dabei, außerhalb der Saison Landwirtschaft zu betreiben. Durch Bewässerungstechniken bieten wir Lösungen für einen optimalen Zugang und eine optimale Bewirtschaftung der knappen Ressource Wasser in der Region. Außerdem fördern wir den Anbau von Nahrungsmitteln für den lokalen Verbrauch anstelle von Exportpflanzen wie Erdnüssen, indem wir den begünstigten Bäuer*innen Saatgut und technische Unterstützung zur Verfügung stellen.

Sind in den Regionen, wo APAF bereits seit einigen Jahren tätig ist, bereits Änderungen spürbar? Wenn ja, wie zeigen sie sich?

Das Besondere an der Agroforstwirtschaft ist, dass die Veränderung bei den Bäuer*innen leicht zu erkennen ist. Nach der Einführung der neuen Pflanzen sehen die Felder ganz anders aus als davor. Bald schon, nach wenigen Monaten, wachsen die ersten Bäume. Die Bäume, die wir pflanzen, tragen zur Kohlenstoffbindung bei. Das ist eines der Elemente, aber nicht das einzige, das dazu beiträgt, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen.

Es braucht jedoch viel Zeit und eine große Zahl von Menschen, die diese landwirtschaftliche Praxis übernehmen, damit das Mikroklima, das wir durch unsere Maßnahmen schaffen, auf regionaler und sogar nationaler Ebene Wirkung zeigt. Wir sind auf dem richtigen Weg und sehr optimistisch, denn die Bereitschaft der Bäuer*innen, diese Praxis anzuwenden, ist sehr groß.

Das Interview führte Boubacar Diop im Oktober 2021

Burkina Fasos Goldminen sind Fabriken des Elends

Wie ODJ den Kampf gegen Landgrabbing unterstützt
Interview mit Mohamed Dagano

ASW: Wie kann man sich Landgrabbing heute in Burkina Faso vorstellen?

ODJ: In Burkina Faso betreiben vor allem multinationale Agrar- und Bergbaukonzerne Landgrabbing. Sie sind im Wesentlichen an Gold und Baumwolle interessiert. Das sind in Burkina Faso die wichtigsten Exportgüter.

Der Abbau von Gold boomt in Burkina Faso massiv. Es ist der am schnellsten wachsende Sektor. Trotz der Sicherheitskrise sind die Goldexporte im Jahr 2020 um 20% gestiegen.

Es gibt inzwischen 16 große Goldminen in Burkina Faso. Die Gold-Multis nehmen dafür zum Teil sehr große Landflächen in Beschlag. Das russische Unternehmen *Nordgold* hat zum Beispiel Nutzungsrechte auf einer Fläche von über 200 km² (so groß wie die Stadt Düsseldorf).

An manchen Orten suchten bereits lange vorher handwerkliche Goldsucher*innen nach dem Edelmetall und hatten damit ein Einkommen. Das meiste Land war vorher aber Weide- oder Ackerland, Brachland oder Wald. Und es gab dort auch Kultstätten und Dörfer.

Aktuelle Zahlen belegen, dass schon 25% der gesamten Landfläche von Burkina Faso mit dem Bergbau in Berührung gekommen sind, weil eine Bergbau- oder Explorations-Genehmigung vorliegt.

Wie kommt die Bergbauindustrie an das Land?

Die Bergbauindustrie bekommt das Land direkt vom Staat. Die lokale Bevölkerung ist in die Verhandlungen nicht einbezogen. Erst wenn Staat und Unternehmen übereingekommen sind, werden die traditionellen Autoritäten gebeten, zuzustimmen.



Die Straße des Bergbauunternehmens ist streng von der Dorfstraße separiert

Diese Zustimmung ist aber alles andere als frei und informiert. Viele lokale Autoritäten sind nicht mit den Risiken des Bergbaus vertraut. Der Staat ist hier auch nicht hilfreich.

Zwar haben sich seit 2018 die Gesetze geändert hinsichtlich einer Entschädigung, wenn Land enteignet wird, aber eine wirksame Umsetzung ist weit entfernt. Letztlich geben die lokalen Autoritäten ihre Zustimmung, und dies öffnet Tür und Tor für Missbräuche und Umweltzerstörung durch die Unternehmen, auch wenn Entschädigungsbedingungen ausgehandelt wurden.

Wie sieht die lokale Bevölkerung und die Zivilgesellschaft dieses Landgrabbing?

Wir sehen, dass die lokale Bevölkerung nur Nachteile von der Bergbauindustrie hat.

Die Konzerne der Goldminen stellen immer ihren positiven Beitrag zur Lebenssituation der lokalen Bevölkerung heraus: die Schaffung von 15.000 direkten und 50.000 indirekten Jobs sowie ihren finanziellen Beitrag in einen „lokalen Entwicklungsfonds“. Den Zahlen der Konzerne müssen wir natürlich misstrauen.

Unsere eigenen Beobachtungen hingegen zeigen, dass es – rund um den Bergbau – in allen Provinzen Burkina Fasos vermehrt zu Konflikten, gewaltsamen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen kommt.

In den Konflikten geht es um den Verlust von Acker- und Weideland, Umsiedlung und die Verschmutzung von Böden, Luft und Wasser. Die lokalen Gemeinden müssen sich mit diesen Konflikten auseinandersetzen und Lösungen finden. Der Druck auf die verbleibenden Flächen steigt, wenn viel Land unbrauchbar wird. Dazu kommt der Frust über die nicht eingehaltenen Beschäftigungsversprechungen.

Auch die kleingewerblichen Goldsucher haben Nachteile. Wenn sie bereits vorher in den Gebieten Gold schürften, verlieren sie nun ihre Beschäftigung und ihr Einkommen. Letztlich geht es bei diesen Konflikten also nicht nur um die Kontrolle über Land, sondern auch um die Kontrolle über das Gold im Boden.

Letztlich profitiert der burkinische Staat längst nicht genug vom Bergbau der Konzerne. Aktuell kommen nur 13% der öffentlichen Einnahmen aus dem Bergbau (nur ca. 530 Millionen US-Dollar). Das ist wenig, wenn man bedenkt, dass die Unze Gold seit mehr als 3 Jahren bei knapp 2000 US-Dollar liegt und das Gesamt-Exportvolumen des Bergbaus in Burkina Faso im Jahr 2020 bei 3,5 Milliarden USD lag.

Gold, das Exportprodukt Nummer Eins, trägt damit nur sehr wenig zur Mobilisierung der öffentlichen Einnahmen bei.

Der industrielle Bergbau ist eine „Fabrik des Elends“. Die Bevölkerung verarmt und ist empört über diese Situation; es entzündeten sich Momente des Aufbruchs.

Was geschieht mit dem Land, wenn die Bergbauindustrie dort fertig ist?

Diese Flächen bleiben für die Beweidung, aber vor allem für die Landwirtschaft unbrauchbar, also eine ökologische Katastrophe. Es bleiben große offene Gruben, in denen sich kontaminiertes Wasser sammelt, das in den Untergrund sickert. Diese klaffenden Löcher in der freien Natur stellen eine Gefahr für Mensch und Tier dar.

Im Prinzip sieht die Gesetzgebung eine schrittweise Sanierung bis zur endgültigen Schließung des Bergwerks vor. Dies galt bereits zwischen 2003 und 2015, bevor das Bergbaugesetz geändert wurde. Aber die Bergbauindustrie hält sich nicht daran, und der Staat unternimmt nichts, um sie dazu zu zwingen.

Deshalb sind bis heute die Minen Poura und Kalsaka, die 1999 bzw. 2013 geschlossen wurden, noch nicht wiederhergestellt. Das Grundwasser ist chemisch verunreinigt und als Trinkwasser ungeeignet. Bis heute ist kein Leben, auch kein pflanzliches, in den offenen Gruben möglich.

Gibt es Möglichkeiten, die Landnahme der Bergbauindustrie zu verhindern?

Ja, es ist absolut möglich, gegen Landgrabbing vorzugehen. Wichtig ist dabei, dass sich Menschen rechtzeitig und richtig organisieren!

Ein Beispiel, wo ein Landraub verhindert wurde, ist die Gemeinde Boudri. Hier haben sich die kleingewerblichen Goldsucher*innen und die Gemeinde schnell und gut organisiert. Mit Unterstützung von ODJ wehrten sie sich erfolgreich gegen das Bergbauunternehmen *Tanlouka* (später *Sanbrado Mining*). Das Unternehmen sah sich gezwungen, einen Teil seiner Lizenz an die kleingewerblichen Bergleute zu übertragen.

Ein anderes Beispiel ist die Gemeinde Houndé. Auch hier ist die Gemeinde rechtzeitig aktiv geworden. Im Februar 2019 sollte auf ihren Feldern eine „Exploration“ stattfinden – ohne ihr Wissen oder Einverständnis. Die kleingewerblichen Goldgräber unterstützten die erfolgreichen Protestaktionen. Trotz dieser Erfolge dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Die aktuelle Regierung schreitet schnell und repressiv gegen Volkskämpfe ein, wenn es um den Bergbau geht – wie geschehen in zwei Orten im Osten von Burkina Faso (Koukoufouanou und Banouassi).



Auf allen Ebenen sensibilisiert und mobilisiert ODJ die betroffene Bevölkerung gegen den Landraub.
Foto: Das Team von ODJ.

Was sollte sich ändern, damit die Bergbauindustrie nicht mehr so leicht an Land kommt?

Die lokalen Gemeinden müssen für die negativen Auswirkungen des Bergbaus auf Leben und Umwelt sensibilisiert werden und besser in der Lage sein, bei Entscheidungsträgern Fürsprache für sich zu organisieren. Dazu benötigen die Gemeinden technische Unterstützung (rechtlich, sozial, mikroökonomisch usw.). Hier wird ODJ aktiv. ODJ ist bestrebt auf allen Ebenen – Provinzen, Gemeinden, Dörfer, Stadtviertel, Märkte, Bergbaustandorte usw. – die Bevölkerung weiter zu sensibilisieren, zu organisieren und zu mobilisieren.

Ändern müssen sich der Umfang der Entschädigung und die Anforderungen an die Betreiber: Die Unternehmen müssen sich auch bei der Wiederherstellung der biologischen Vielfalt engagieren.

Vor allem aber müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Menschen in Zukunft ein Wort zu sagen haben bei dem Aufbau eines Standortes der Bergbauindustrie. Dies ist heute der einzige Weg, um gegen Landgrabbing zu kämpfen, denn die politischen Entscheidungsträger setzen sich immer gegen die Interessen der Bevölkerung und für die der Konzerne ein, da sie Aktionäre dieser Industriestandorte sind oder sein könnten.

Das Interview führten wir im September 2021

Wie ASW-Partner in Togo die Ernährungswende einleiten

Interview mit Tada Ametoenyenu, Koordinator von OADEL

In Togo werden die Teller der Verbraucher*innen meist mit importierten Nahrungsmitteln gefüllt. Reis, Spaghetti, Couscous, Erbsen oder Weizenbrot sind „landestypisch“, dazu werden Industriegetränke konsumiert. Aber auch wenn mal Mais, Sorghum, lokaler Reis, Maniok, Süßkartoffeln oder Gemüse gegessen wird, stammen weitere Zutaten wie Öl, Brühe, konzentrierte Tomaten, Fleisch und insbesondere Geflügel und Fisch aus dem Import.



Togos Mittelschicht zieht importierte Nahrungsmittel und Brot aus Weizen einheimischen Produkten vor.

Die importierten Lebensmittel sind dabei oft minderwertiger als die einheimischen Produkte und auch billiger. Daher werden sie von den Verbraucher*innen bevorzugt, von denen die meisten über eine geringe Kaufkraft verfügen.

Aber auch die von der Werbung und der westlichen Lebensweise beeinflusste Mittelschicht, die sich um die Qualität ihrer Lebensmittel sorgt und importierte Produkte für besser hält, besucht immer häufiger die städtischen Supermärkte.

Die Folgen für Landwirtschaft und Gesundheit

Togos Bäuer*innen sind nicht in der Lage, mit den Importen zu konkurrieren und müssen ihre hochwertigen Erzeugnisse daher unter Wert verkaufen. Das wiederum führt zu einer geringeren Nahrungsmittelproduktion und einer zunehmenden Ernährungsunsicherheit, von der direkt oder indirekt 50 % der Bevölkerung betroffen sind, so eine Studie des Landwirtschaftsministeriums (PNIASAN-Studie, 2017).

Ein sehr großer Teil der ländlichen Produzent*innen (54%) lebt unterhalb der Armutsgrenze, etwa die Hälfte der Haushalte (48,2%) hat Schwierigkeiten, den Nahrungsmittelbedarf ihrer Mitglieder zu decken, fast 30% der Kinder sind chronisch unterernährt, und mehr als 72% der Landbevölkerung lebt in prekären Verhältnissen mit weniger als 1 \$ pro Tag.

Im Folgenden erklärt unser Partner von OADEL, wie seine Organisation auf die beschriebene Situation reagiert und wie sie konkret die Ernährungswende in Togo fördert.

Wie veranlassen Sie die Menschen zur Änderung ihres Ernährungsstils?

Von Anfang an war das Hauptproblem von OADEL die Mentalität der Verbraucher*innen, die importierten Produkten den Vorzug vor einheimischen Produkten geben. Und solange sich Produkte aus Togo nicht zu einem guten Preis verkaufen lassen, werden die Bäuer*innen nicht in der Lage sein, in Würde zu leben und in eine nachhaltige Landwirtschaft zu investieren, die sich um die Gesundheit der Verbraucher*innen kümmert.

Aus diesem Grund entwickelt OADEL seit 2015 Maßnahmen, um die Mentalität der Verbraucher*innen zu ändern. Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen Lebensmitteln, Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung eines Landes zu vermitteln. Das machen wir mit Filmen zu Landwirtschaft und Ernährung oder mit Radiosendungen, wir verteilen Flyer und Broschüren, schalten Anzeigen. Aber auch über die sozialen Netzwerke konnten wir eine große Zahl von Bürger*innen für die Konsumption lokaler, regionaler Produkte gewinnen.

Können Sie für uns diese Vorzüge der lokalen Produkte aus Togo kurz vorstellen?

Die meisten unserer lokalen Produkte haben einen sehr hohen Nährwert. Rotes Palmöl (unraffiniert und unverarbeitet) gilt zum Beispiel als das an Vitamin A reichste natürliche Lebensmittel; es enthält etwa 15-mal mehr Vitamin A als Karotten. Außerdem werden die meisten Lebensmittel in unserem Land unter natürlichen Bedingungen hergestellt. Sie enthalten keine Zusatzstoffe oder Chemikalien, die unsere Gesundheit schädigen können, im Gegensatz zu importierten Produkten, von denen einige die Ursache für Fettleibig-

keit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes sind. Die ökologischen Produktionsbedingungen, aber auch die Qualität des Saatguts, das nicht transgen ist, sorgen für die Qualität der von uns erzeugten Produkte. Darüber hinaus werden die Grundsätze der Erhaltung der biologischen Vielfalt beachtet.

Schließlich möchte ich noch den wirtschaftlichen Effekt auf unser Land nennen: Indem wir unsere togoischen Produkte konsumieren, tragen wir dazu bei, dass unser Land keine Devisenverluste erleidet. Wir helfen unseren Erzeuger*innen, von ihren landwirtschaftlichen Ressourcen zu leben, und ermutigen sie, mehr zu produzieren.

Außerdem sind die Verbraucher*innen ausreichend über den Inhalt ihrer Lebensmittel informiert, wenn diese zu Hause hergestellt wurden. In diesem Sinne ist das Recht des Verbrauchers auf Information gewährleistet.

Wie akzeptieren die Menschen Ihre Ideen?

Sowohl Einzelpersonen als auch Haushalte haben unsere Botschaften sehr schnell verstanden und angenommen. Denn sie sind sich der Zunahme von Krankheiten wie Bluthochdruck, Krebs, Diabetes bewusst, die es in unseren Gesellschaften vor einigen Generationen noch nicht gab. Hinzu kommt der reale Verlust der biologischen Vielfalt: Bestimmte Kulturpflanzen werden kaum mehr angebaut. Auch die traditionelle Kochkunst kennt kaum noch jemand: Nahrungsmittel wie Maniok- oder Maiskuchen, roter Reis, bestimmte Bohnensorten sind völlig verschwunden.

Viele Haushalte wollen nun wieder gesunde und nahrhaftere lokale Produkte kaufen. Daher hat OADEL ein Unterstützungsprogramm für den Agrar- und Ernährungssektor entwickelt und hilft togoischen Unternehmern, die landwirtschaftliche Rohstoffe in Lebensmittel umwandeln, gute Hygiene- und Herstellungspraktiken umzusetzen sowie an Zertifikate für die Vermarktung zu gelangen.

OADEL hat außerdem ein Geschäft und ein Bar-Restaurant namens BoBaR eingerichtet, in dem mehr als vierhundert lokale Produkte ausgestellt und verkauft werden. Dank des Beispiels von BoBaR sind heute in Lomé und im Landesinneren mehrere Geschäfte mit lokalen Produkten eröffnet worden, ein Zeichen dafür, dass die Verbraucher die Idee des lokalen Konsums begrüßen.

Wie beliebt sind in Togo mittlerweile die von OADEL geförderten Sojaprodukte?

Dank der finanziellen Unterstützung der ASW hilft OADEL den traditionellen Bäckereien in Togo bei der Herstellung und Vermarktung von Brot aus lokalen Getreidesorten, unter anderem aus Soja-, Sorghum- oder



OADEL stärkt die Verarbeitung und den Konsum lokal angebaute Nahrungsmittel wie Soja, Sorghum oder Maniok.

Foto: Frauen dieser Kooperative verarbeiten Sojabohnen zu Mehl, aus dem ein proteinhaltiges Brot entsteht.

Maniokmehl.

Togo kennt nämlich nur Weizenbrot, und Weizen wird in Togo nicht angebaut. Unser Projekt unterstützt Bäuer*innen in Genossenschaften, die Soja, Sorghum oder Maniok produzieren.

Sie gehen Geschäftsbeziehungen mit Verarbeitungsgenossenschaften ein, die die angebaute Körner oder Knollen zu vereinbarten und garantierten Preisen kaufen. Die Verarbeiter stellen Brotmehl her, das an die vom Projekt betreuten Bäckereien ebenfalls zu vereinbarten Preisen verkauft wird.

Im Rahmen des Projekts wurden bereits Bäcker*innen geschult, um lokales Brot mit einer Mischung aus 15 % lokalen Mehlen und 85 % Weizenmehl herzustellen. Diese Brote werden an Privatpersonen, aber auch an Kantinen verkauft.

Durch die so geschaffene Wertschöpfungskette werten wir die lokale Produktion und die lokalen Zutaten auf.

Arbeiten Sie an weiteren Produkten?

Ja, OADEL arbeitet an verschiedenen lokalen Nahrungsmitteln: Fruchtsäfte, Reis und Tomaten, um nur einige zu nennen. Unsere Vision ist es, immer mehr einheimische Lebensmittel für immer mehr Verbraucher*innen verfügbar und zugänglich zu machen, um importierten Produkten immer mehr Marktanteile abzunehmen, und damit immer mehr Wertschöpfung, Einkommen und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

Das Interview führte Boubacar Diop im Oktober 2021

Wie gefällt Ihnen unser Themenheft?

Auch mit der dritten Ausgabe unseres SW-Themenheftes hoffen wir, Ihr Interesse zu treffen. Wieder haben wir uns um eine hoffentlich spannende Mischung aus längeren und kürzeren Texten, Interviews, Hintergrundbeiträgen und Fallbeispielen aus drei Weltregionen bemüht. Wichtig war uns, wie immer, der Perspektive der Menschen aus dem Süden ausreichend Raum zu geben. Wir hoffen, das ist uns gelungen. Auf Ihre Rückmeldungen sind wir sehr gespannt.

Wollen Sie das Heft künftig lieber als PDF?
Bitte senden Sie Ihre Mail an
redaktion@aswnet.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
ASW, Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin,
Telefon: 030 – 259 408 01,
E-Mail: mail@aswnet.de
www.aswnet.de

Redaktion:
Isabel Armbrust (Redaktionsleitung), Marek Burmeister,
Boubacar Diop, Marlis Gensler, Franziska Kohlhoff,
Christophe Mailliet, Detlef Stüber, Silke Tribukait, Tobias Zollenkopf
An diesem Heft wirkte außerdem mit: Sophie Cemrek
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder.

Grafik:
Natalie Friedinger, Berlin

Bildnachweis:
©ASW (falls nicht anders angegeben)

Druck:
Oktoberdruck AG, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Blauer Engel

Seit über 60 Jahren fördert die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) Projekte in Indien, Brasilien und mehreren Ländern Afrikas, die zur Stärkung von Frauen, zum Schutz der Umwelt und zur Durchsetzung der Menschenrechte beitragen.

Die Projekte werden ausschließlich von Partner*innen vor Ort angestoßen und ausgeführt.
Wir sind politisch, wirtschaftlich und religiös unabhängig und finanzieren uns überwiegend über Spenden von Privatpersonen.

Für eine Welt, die zusammenhält

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00
BIC/SWIFT BFSWDE33BER
Spenden sind steuerlich absetzbar



Das Deutsche
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
bescheinigt:
**Ihre Spende
kommt an!**